Merseburger Tageblatt

(Kreisblatt)

Unparteiische

Zeitung für Stadt und Kreis Merseburg

mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Bezugspreis in der Stadt frei Haus monatlich Mk. 5.—, für Abholer M. 4.00, durch auswärtige Boten Mk. 5.20 monatlich; bei Postbezug vierteljährlich extra. Erscheint wöchentlich nachmittags. Einzelnummer 25 Pfg. Postscheck-Konto Leipzig 16654. Geschäftsstelle: Hälterstraße 4. Für unerbetene Zusendungen wird keine Gewähr geleistet.

Anzeigenpreis Der 6 gesp. Millim.-Satzraum 30 Pfg., der 3 gesp. Millim.-Reklamezeile 1 Mk. Die laufende Monatsquittung wird vom Bezieher auf kleine Anzeigen in Zahlung genommen. Auswärtige 50 Pfg., Porto besonders. Norm. Anzeigenschluß 11 Uhr vormittags. Erfüllungsort Merseburg. Belegnummer wird berechnet. Fernsprecher 90.

Nr. 141. Mittwoch, den 30. Juni 1920. 160. Jahrgang.

Tageschronik

Deutschlands Vorschlag in Spaa: 40 Milliard. Goldmark?

Die internationale Finanzkonferenz am 23. Juli in Brüssel.

Frankreichs Mitteleuropa-Politik.

Dringendes Waffenstillstandsgesuch der Polen.

Einigung über die Form des Vertrauensvotums im Reichstag.

Ausstand im Kraftwerk Golpa-Zschornewitz.

Täglich neue Lebensmittelkrawalle.

Generalstreik in Rom.

Deutschlands Vorschläge in Spaa.

40 Milliarden Goldmark?

„Daily Mail" meldet, daß Deutschland in Spaa vorschlagen werde, eine Gesamtsumme von 60 Milliarden Goldmark zu zahlen. Davon müßten aber dann Summen abgezogen werden, welche für die von Deutschland gelieferten Handelsschiffe zu bezahlen seien, so daß im ganzen sich eine von Deutschland zu zahlende Endsumme von 40 Milliarden ergäbe. Diese Summe würde Deutschland in Jahresraten von 75 Millionen Pfund Sterling bezahlen und es würde selbst den Vorschlag machen, diese Summe zu erhöhen, wenn sich seine wirtschaftliche Lage verbessern würde. Ebenso würden die deutschen Vertreter in Spaa fordern, daß die Stärke der Reichswehrtruppen unbedingt auf 200 0000 Mann belassen werden müßten.

Woher die „Daily Mail" ihr Wissen hat, ist nicht zu erkennen. Die Angaben des englischen Blattes decken sich tatsächlich mit dem, was Deutschland unter den allerungünstigsten Verhältnissen vielleicht gerade noch zahlen kann. Befremden muß es, daß so wichtige Angaben vor der Zeit an die Oeffentlichkeit dringen. Das amtliche Material kann natürlich nur auf unredlichem Wege erlangt worden sein.

Frankreich verlangt Kohle.

Wie unser Berliner Vertreter erfährt, stellen die französischen Delegierten bei den deutsch-französischen Wirtschaftsberatungen die Forderung nach Lieferung von erheblichen Kohlenmengen Deutschlands an Frankreich. Es sollen also über den Friedensvertrag hinaus Abmachungen über die Kohlenlieferungen getroffen werden. Das französische Ansinnen erregt deutscherseits lebhafte Bedenken, aber es ist nicht ausgeschlossen, daß man zu einer Einigung auf mittlerer Basis gelangt.

Keine deutschen Arbeiter für Frankreich.

Wie unser Berliner Vertreter erfährt, wird deutscherseits immer noch vorgeschlagen, deutsche Arbeiter für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete nach Frankreich zu entsenden. Wisher besteht keine Neigung, dieses Angebot anzunehmen. Dagegen stellt Frankreich jetzt zahlreiche polnische und italienische Arbeiter ein, die von Deutschland bezahlt werden sollen.

Die Ernennung der deutschen Botschafter.

Wie unser Berliner Vertreter erfährt, wird die Ernennung der deutschen Botschafter bei den Alliierten Mächten noch im Laufe dieser Woche erfolgen. Bisher steht fest, daß Dr. Landsberger (!) Botschafter in Brüssel und Dr. Mayer-Kaufbeuren Botschafter in Paris werden bezw. bleiben. Dagegen ist über die Besetzung der deutschen Botschafterposten in London und Rom noch keine endgültige Entscheidung getroffen.

Die internationale Finanzkonferenz.

Einberufung zum 23. Juni nach Brüssel.

Frankreichs Vertreter im Völkerbund, Senatspräsident Leon Bourgeois, teilte Millerand als Präsident des Obersten Rates mit, daß die internationale Finanzkonferenz für den 23. Juli nach Brüssel einberufen sei. Er gibt in dem Schreiben der Ueberzeugung Ausdruck, daß den Kreditoperationen jede für die Wiederherstellung aller Staaten notwendige Grundlage fehlen würde, wenn nicht vorher bestimmt sei, was Deutschland zahlen muß. Deshalb hoffe der Völkerbund, daß bei der Spaa-Konferenz eine endgültige Regelung der finanziellen Frage durchgeführt werden könne. Der Brief fordert endlich die Zulassung von Vertretern Deutschlands zur Finanzkonferenz. Die Bedingungen einer Vertretung Deutschlands sollen aber erst nach der Spaa-Konferenz festgesetzt werden. (Auf die Bedingungen einer Vertretung Deutschlands bei der Finanzkonferenz darf man gespannt sein.

Oberkommissar Tower fährt nach Brüssel.

Danzig, 29. Juni. Oberkommissar Tower begibt sich heute Abend nach Brüssel, um an der dortigen Konferenz der Alliierten teilzunehmen.

Frankreichs mitteleuropäische Politik.

In seinem Bericht über die Ratifikation des Friedensvertrages mit Oesterreich hebt der Berichterstatter der französischen Senats, Imbart de la Tour, hervor, daß der Vertrag Keinen für eine wirtschaftliche Annäherung aller Staaten der früheren Monarchie enthalte. Es müßte eine Lösung gefunden werden, welche Mitteleuropa festigen könnte. Frankreich, das gezwungen sei, die Wacht am Rhein zu beziehen, verkenne nicht, daß diese ihre Ergänzung finden müßte durch eine französische Donaupolitik. Die neuen Staaten in Mitteleuropa müßten Frankreich gegen alle Angriffe der Alldeutschen schützen. Für die Unabhängigkeit Oesterreichs (!) trat der Berichterstatter mit Entschiedenheit ein, da es ohne ein unabhängiges Oesterreich ein Gleichgewicht in Mitteleuropa nicht geben könne.

* * *

Vertragsabschluß mit der Tschechei.

Die Verträge zwischen dem Deutschen Reiche und der Tschechei wurden am Montag beiderseits unterschrieben. Die tschechische Regierung sieht von einer Liquidation deutschen Grundbesitzes im großen und ganzen ab, behält sich aber vor, sozial wichtige Betriebe reichsdeutscher Eigentümer später zu verstaatlichen oder zu sozialisieren, falls dies für gleichartige tschechische Unternehmungen bestimmt würde. Die Koupon-Auszahlung für in reichsdeutschem Besitz befindliche tschechische Wertpapiere wird bereits in kürzester Zeit erfolgen. Schließlich wurde die Optionsfrage geregelt. Die Zugehörigkeit Reichsdeutscher zum tschechischen Staate richtet sich nach deren Wohnsitz. Es werden alle jene Reichsdeutsche, die nicht Tschechen werden wollen, ihren Wohnsitz nach Deutschland verlegen müssen.

Neue Polenausschreitungen in Oberschlesien.

Beuthen, 29. Juni. Bei einem Vergnügen des Turnvereins in Radzionkau drangen Polen in den Saal und warfen Handgranaten, wodurch einer der Anwesenden verletzt wurde. Die Frau eines Polizeibeamten erhielt einen Pistolenschuß. Sicherheitswehr entfernte die Eindringlinge und nahm den Polen zahlreiche Waffen ab.

In einer Versammlung der katholischen Volkspartei auf der Schlesiergrube griffen polnische Banden die Redner tätlich an und beschimpften sie. Die Sicherheitspolizei zerstreute die auf etwa 500 Mann angewachsene Menge.

Beratungen des Reichskabinetts.

Finanzsachverständige für Spaa.

An den Besprechungen in Spaa werden laut „Voss. Ztg." auch jene Finanzsachverständigen teilnehmen, die bisher die finanziellen Verhandlungen mit der Entente geführt haben; ob auch Reichswehrminister Geßler, ist ungewiß. Eine gestern abgehaltene Kabinettssitzung befaßte sich fast ausschließlich mit Spaa.

Weiter befaßte sich das Kabinett gestern mit der weiteren vorläufigen Regelung des Reichshaushalts für 1920. Es konnte sich den Gründen, die das frühere Kabinett zu seiner Zustimmung veranlaßt hatte, nicht verschließen und stimmte daher dem Entwurf zu.

Das Vertrauensvotum.

Ueber die Form, in der der Reichstag seine Zustimmung zu der Kabinettsbildung geben soll, scheint eine Verständigung erzielt zu sein. Es handelt sich um eine Erklärung, in der die Regierung ersucht wird, im Sinne ihrer programmatischen Darlegungen die Geschäfte zu führen. Dieser Entschließung werden nicht nur die Sozialdemokraten, sondern auch die Deutschnationalen zustimmen, so daß die Regierung bei der ersten Abstimmung eine Vier-Fünftel-Mehrheit erwalten würde.

Vertagung des Reichstages.

Wie unser Berliner Vertreter aus parlamentarischen Kreisen erfährt, wird sich der Reichstag auf kurze Zeit für die Dauer der Abwesenheit des Reichskanzlers während der Konferenz von Spaa vertagen, um dann in der zweiten Hälfte des Juli seine Beratungen wieder aufzunehmen.

Der Lohnabzug.

Von unserem Berliner Vertreter wird uns geschrieben:

Das deutsche Volk soll mit schweren Steuern belastet werden. Beschlossen sind sie. Doch weiß heute eigentlich niemand, was der Staat von ihm fordert. Wenige werden sich die Mühe gemacht haben, zu errechnen, was sie zu leisten haben, und tatsächlich sind die Berechnungen auch so umständlich, daß sich nur Sachverständige an des Rätsels Lösung machen können. Heißt es doch, selbst die Steuerbehörden hätten noch nicht einmal die genügenden Vorschriften, um arbeiten zu können. Niemand hat bisher eine Steuereinschätzung erhalten, obwohl das Steuerjahr bereits längst begonnen hat. Nur die Angestellten sollen es sich gefallen lassen, zehn Prozent ihres Lohnes herzugeben, damit für ihre späteren Steuerleistungen Deckung vorhanden ist. Beschlossen wurde dieses von dem Reichstag und der Regierung, wo die angeblichen Arbeiterfreunde, die Sozialisten den Ausschlag gaben. Es ist begreiflich, wenn sich in den Kreisen der Angestellten heute nur eine Stimme erhebt, die Stimme der Empörung gegen die Maßnahme, die vom Angestellten Vordem Erzbergerschen Steuerfiskus ein Darlehn gewähren, soll dem Erzbergerschen Steuerfiskus ein Darlehn gewähren, so teilweise sich (bei gleichzeitiger Steuerzahlung) mehr vom Lohn kürzen lassen, als er tatsächlich einmal an das Reich zahlen muß. Diese Bestimmung scheinen die Regierungsparteien seinerzeit ebensowenig überlegt und in ihrer Tragweite gewürdigt zu haben, wie andere Maßnahmen, die stillschweigend wieder verschwanden, unausgeführt blieben. Heute, da dieser Steuerabzug die Empörung der Masse hervorruft, da die ehemaligen Regierungsparteien einsehen, daß sie mit dieser Bestimmung wenig Gutes angerichtet haben, wissen sie nicht wie sie, nicht mehr an der Macht, ihr Verschulden gutmachen können. Ohne weiteres, ohne lange zu fragen, können sie heute nicht mehr Erlasse auf Erlasse herausschicken. Andere Männer, eine andere Mehrheit gebietet. Deshalb hört sich ihre Entschuldigung recht wehleidig an. Ihre Versuche, ihr Verhalten zu rechtfertigen, mißlingt ihnen. Und die Unabhängigen verstehen es, auch aus dieser weisen Maßnahme der Regierung und Mehrheit von früher ihren Vorteil zu ziehen.

Freilich sehen es auch die übrigen Parteien ein, daß hier Abhilfe geschaffen werden muß. Es liegen heute bereits Anträge der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und des Zentrums vor. Und wohl der Not gehorchend, erstaunt, daß ihre Beschlüsse so wenig Verständnis finden, appellieren jetzt auch die beschließenden Parteien von früher, die Demokraten und Mehrheitssozialisten an den Reichstag, er möge andere Beschlüsse hinsichtlich des gesetzlichen Steuerabzugs treffen. Der Reichstag wird also diese Steuerfrage noch einmal durchberaten müssen. Und er wird sicherlich das ganze Steuerprogramm, das die Mehrheit von gestern, unter Leitung des Herrn Mathias Erzberger beschloß, einer genauen Prüfung unterziehen. Die Steuerwirtschaft, wie sie von Laien geschaffen wurde, bedarf gründlicher Durchsicht, gründlicher Umarbeit. Wir werden voraussichtlich eine ganz andere Steuerbasis erhalten. Wenn auch feststeht, daß wir viel Steuern zahlen müssen, um die ungeheure Unterbilanz, die der Krieg und sodann hauptsächlich die Revolutionswirtschaft hervorgerufen, auszugleichen, so ist doch anzunehmen, daß man andere Steuergrundsätze finden wird, bestrebt ist, die Steuern nicht so drückend zu gestalten, wie es bisher geschah. Es ist ein Nonsens, wie man bisher den Bürger zu schröpfen suchte, ihm einfach aufgab, dem Reich Darlehne zu geben, ohne Sicherheit und Gegenleistung. Denken wir z. B. an das Telephondarlehn, das Herr Giesberts erhalten soll. Man sprach immer von Gerechtigkeit, die man bei der Besteuerung als Grundsatz aufstellte, und wurde ungerecht wie es der Deutsche bisher nicht kannte, man wurde rigoros, erdrosselte oder suchte zu erdrosseln, was mühsam aus dem Kriegs- und Revolutionswucher ehrsam sich gerettet hatte. Da jetzt eine andere Mehrheitsbildung im Reichstage möglich ist, so läßt sich erhoffen, daß viele Fehler, die in steuerlicher Hinsicht gemacht wurden, wieder behoben werden. Wie wir hören, beabsichtigt man sogar, die Hand an die Einheitssteuer, die Herr Erzberger geschaffen hat zu legen, um hier zum Wohle des Volkes die Laienarbeit des Wagemütigen, den keine Skrupel drückten, zu verbessern. Aus der Empörung gegen den Steuerabzug bei den Angestellten wird sich eine Reform der ganzen Steuer-Gesetzgebung als notwendig erweisen. Und sie wird und muß durchgeführt werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919200630-15/fragment/page=0001

1500 Mk. monatlich für die Reichstagsabgeordneten.

Der Reichstag hat den Gesetzentwurf über die Entschädigung der Mitglieder des Reichstages angenommen. Die monatliche Entschädigung ist auf 1500 Mk. bemessen.

Wer wird Pressechef.

Der Nachfolger Ulrich Rauschers auf dem Posten des Pressechefs bei der Reichsregierung ist noch nicht bestimmt. Man sieht als Anwärter den Geheimen Legationsrat im Auswärtigen Amt Heilbronn und den Zentrumsjournalisten Egbring an.

Polen in Not.

Dringendes Waffenstillstandsgesuch.

Wie unser Berliner Vertreter von militärischer Quelle erfährt, lauten die letzten Nachrichten von der polnischen Front außerordentlich ernst. Die polnischen Truppen sind auf der ganzen Linie geschlagen worden und befinden sich in fluchtartigem Rückzug. Am Sonntag wurde ein dringendes Waffenstillstands-Gesuch der polnischen Regierung nach Moskau übermittelt. Die polnischen Truppen sind außerstande, sich wieder zu sammeln. Der Befehlshaber der polnischen Armee hat dringend um Verstärkung gebeten, widrigenfalls er den Befehl niederlege. Am Donnerstag sollen 50 000 Mann polnische Soldaten nach der Front abgehen.

Die Polen räumen Minsk.

Warschau, 29. Juni. Amtlich wird die Räumung von Minsk bekanntgegeben und die Rücknahme des polnischen Hauptheeres auf eine Linie, die 20 Kilometer östlich von Wilna—Grodno verläuft.

Weißrussischer Bauernaufstand.

Laut Mitteilung des weißrussischen Pressebüros ist infolge eines Aufstandes der Bauern gegen die Polen der Verkehr auf den Linien Minsk—Wilna und Minsk—Baranowitschi vollständig eingestellt. Die Aufständischen versuchten, die Eisenbahnbrücken und Geleise zu zerstören. Die Eisenbahnbrücke über die Wersetschanka an der Linie Jassen—Bobruisk ist bereits zerstört.

Patek polnischer Gesandter in London?

Nach Meldung aus Warschau ist die Leitung der polnischen Delegation für Spaa dem bisherigen Außenminister Patek übertragen worden, der an Stelle des in das Kabinett eingetretenen Fürsten-Sapieha tritt und als polnischer Gesandter für London ausersehen ist.

Bleibt Krassin in London?

Laut „Temps" reise Krassin nächste Woche von London ab und Lloyd George habe die letzte Unterredung am Freitag abgebrochen, nachdem Krassins Reise nach Irland bekannt geworden sei, wo er die Bildung von Arbeiterräten nach russischem Vorbild eingeleitet hatte.

Dagegen erfährt unser Berliner Vertreter, Krassin bleibe vorläufig in London und könne ungestört Geschäfte mit englischen Kaufleuten abschließen. Die englische Regierung wolle ihn vorläufig nicht fortschicken und alle Verbindungen mit Moskau abbrechen.

Die Petroleumquellen in Mesopotamien für England.

Im englischen Unterhaus beantwortete Lloyd George mehrere Anfragen über die Lage in Mesopotamien dahin, daß die Petroleumgruben in Mesopotamien als Folge des mit den Arabern geschlossenen Vertrages und des englischen Mandats in Mesopotamien den arabischen Stämmen zufallen würden. Ueber den Ausbau sei noch keine Entscheidung getroffen, aber die vor dem Kriege von England erworbenen Rechte würden durchaus gewahrt werden. Jedenfalls würde England das Vorzugsrecht auf das ganze Petroleum in Mesopotamien haben.

Generalstreik in Rom.

Der Generalstreik wurde in Rom erklärt als Solidaritätskundgebung mit den Arbeitern in Ancona. Die Arbeit ruht vollständig. Nur Telegraph und Telephon verkehren. Ein großes Polizeiaufgebot, unterstützt vom Militär, hält in den Straßen die Ordnung aufrecht. Bisher ergab sich keine Gelegenheit einzugreifen.

Laut „Corr. de Sera" ist der Aufstand in Ancona ein Teil eines weitverzweigten Komplottes gegen die staatliche Ordnung. Verschiedene Truppenteile seien durch Gerüchte von Expeditionen nach Albanien und Lybien unzufrieden gemacht worden. Ferner hätten die Anarchisten vollständige Revolutionsladers gebildet.

Ausstand in Golpa-Zschornewitz.

Berlin ohne elektrischen Strom?

Die kaufmännischen und technischen Angestellten der Elektrowerke A.-G. in Golpa-Zschornewitz sind in den Ausstand getreten, weil ihnen die Zahlung einer Leistungsprämie von der Direktion mehrmals verweigert worden ist. Die Direktion hat auch die Arbeiter der Grube Golpa entlassen unter Berufung auf die bergpolizeiliche Bestimmung, wonach die Arbeiter ohne Betriebsführer im Bergbau nicht tätig sein dürfen. Nur die Notstandsarbeiten werden aufrechterhalten. Im Kraftwerk Zschornewitz ruht der gesamte Betrieb. Wie verlautet, erhält auch Berlin keinen Strom. Die Belegschaft der Werke haben sich mit den Angestellten solidarisch erklärt.

Die Arbeiterschaft der Berliner städtischen Elektrizitätswerke drohen mit einem Sympathiestreik, für die Lohnforderungen der Arbeiter in Golpa-Zschornewitz. Verhandlungen mit dem Magistrat finden statt.

Die Gefahren des Landarbeiterstreiks.

Im pommerschen Landarbeiterstreik verstärkt sich der Eindruck immer mehr, daß es sich um eine systematische Kraftprobe des Landarbeiterverbandes handelt als Vorbote weiterer Ereignisse. Rechtfertigungsversuche des Stettiner Oberpräsidiums und Polizeipräsidenten finden keinerlei Anklang, weil die Tatsachen mehr als ausreichend Beweise für die schlaffe Haltung der Behörden liefern. Die gesamte Landwirtschaft Pommerns kann infolgedessen durch das Vorgehen der Behörden gegen die ordnungsliebenden Elemente gezwungen werden, zu schärfsten, ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu greifen, da es der überwiegenden Mehrzahl der Besitzer, in der Praxis unmöglich gemacht wird, ihrer Ablieferungspflicht nachzukommen.

In am Sonntag abgehaltenen Versammlungen der gewerblichen und landwirtschaftlichen Betriebsräte in Hinterpommern wurde allgemein zur Wiederaufnahme der Arbeit aufgefordert mit der Begründung, es käme darauf an, daß gerade jetzt alles so liefe, als ob gar nichts im Gange wäre. Am kommenden Sonntag würden dann weitere Instruktionen gegeben werden.

Ausnahmezustand über Schlesingen.

Berlin, 29. Juni. Ueber den Kreis Schlesingen, Provinz Sachsen, ist der Ausnahmezustand verhängt worden.

* * *

Lebensmittelunruhe und Käuferstreiks.

In Karlsruhe und anderen badischen Städten ist ein Obstkäuferstreik ausgebrochen. Auch die Obsthändler, die die Schuld für die hohen Preise auf die Erzeuger schieben, sind in den Streik getreten. Auf den Bahnhöfen verhindern Streikposten jede Obstzufuhr nach den Städten.

In Radolfszell kam es zu Tumulten. Bei einer Versammlung des Bauernverbandes unter Vorsitz des badischen Staatsrats Dr. Weißmann erschien ein Arbeiter-Demonstrationszug und forderte von Weißmann die persönliche Versicherung, daß die Lebensmittel unter keinen Umständen weiter steigen. Als dies unterblieb, wurde der Saal gestürmt und die Bauern im Handgemenge aus dem Saal gedrängt, wobei zahlreiche Personen verletzt wurden. Auch der Bürgermeister wurde von den radikalen Arbeitern mißhandelt.

In der Berliner Zentralmarkthalle

versuchte gestern morgen eine von Hamburgern Unruhestiftern aufgewiegelte Menge, nach dem Vorbilde in anderen Städten gewaltsam gegen die Verkäufer wegen zu hoher Preise des Obstes vorzugehen. Da Tätlichkeiten zu befürchten waren, schritt die Sicherheitspolizei ein und räumte die Markthalle von der aufgeregten Menge. Der Haupträdelsführer, angeblich ein Hamburger, wurde verhaftet. Infolge der Proteste der Hausfrauen sind tatsächlich die Obstpreise erheblich gesunken.

In Cuxhaven

kam es gestern wieder zu Plünderungen. Die Polizei war machtlos, die herbeigerufene Küstenwehr griff nicht ein. Das Gewerkschaftskartell fordert in Maueranschlägen die Zurückziehung des Militärs und der Polizei und verbürgte sich für die Sicherheit der Stadt durch eigene Ordner.

Einen Anbau- und Lieferungsstreik

haben in Mainz die Vertreter der Landwirtschaft wegen der Festsetzung von Obst-Höchstpreisen angekündigt. Die Stadt Mainz hat an die Reichsregierung das dringende Ersuchen gerichtet, der weiteren Verteuerung der öffentlich verwalteten Lebensmittel Einhalt zu tun. Ferner wird ein Abbau der Kartoffelpreise und Aufschaffung der Lebensmittel und Bedarfsartikel zu den Entstehungskosten verlangt.

* * *

Reiche Ernte in Frankreich.

Nach dem „Erzelsior" rechnet die französische Landwirtschaft mit einer Getreideernte von über 70 Millionen Zentner. Der Vorkriegsbedarf des Landes betrug 90 Millionen Zentner einschließlich des Saatgutes. Eine so reiche Ernte hat Frankreich seit Jahren nicht gehabt, im vorigen Jahre wurden 40 Millionen Zentner geerntet.

Die Einigung zwischen Aerzten und Krankenkassen.

Zu der Einigung zwischen den Aerzten und Krankenkassen wird von zuständiger Stelle in Berlin mitgeteilt: Das Aerztefassen wird grundsätzlich der freien Vereinbarung zwischen Krankenkassen und Aerzten oder ihren Vertretern überlassen. Wo die freie Aerztewahl bereits besteht muß sie aufrecht erhalten bleiben, sofern nicht dadurch die Leistungsfähigkeit der Kasse gefährdet ist. Die Vergütung ist von der Kasse unmittelbar an den einzelnen Arzt zu zahlen. Sie beträgt nach Schiedsspruch vom 2. Juni 1920 für die Beratung in der Wohnung des Arztes 4 Mark und für den Besuch in der Wohnung des Kranken 6 Mk. Für die übrigen Leistungen soll die demnächst zu erwartende neue preuß. Gebührenordnung gelten. Bis dahin wird auf die Sätze der vor dem Jahre 1914 gültigen preuß. Gebührenordnung ein Zuschlag von 150 Prozent, für Geburtshilfen ein solcher von 400 Prozent gewährt. Die Festsetzung von Pauschalbeträgen bleibt den örtlichen Vereinbarung überlassen. Für die besetzten Gebiete sind zu den erwähnten Sätze noch besondere Erhöhungen zu vereinbaren. Die neuen Sätze gelten vom 1. April 1920 ab. Die Wagengebühren, die die Entschädigung des Arztes für Zeitverlust und seine Barauslagen für Fahrgelegenheiten umfassen, werden für den Doppelkilometer bei Tage auf 6 Mk., bei Nacht auf 10 Mk. festgesetzt.

Riesenschwindel mit gefälschten Ausfuhrscheinen.

Durch die Außenhandelsstelle in Berlin wurde bekannt, daß an der Hamburger Börse Ausfuhrscheine gehandelt würden. Ein Makler bot u. a. einen Ausfuhrschein zum Preise von 9500 Mk. an. Ein Fachmann erkannte, daß der Schein gefälscht war. Man stellte fest, daß die gefälschten Ausfuhrscheine in großem Umfange vertrieben worden sind. Es gelang auch, den in Hamburg wohnenden Vertreiber der Scheine in der Person des Kaufmanns Krahner zu ermitteln. Krahner und seine Helfershelfer wurden verhaftet. Die weitere Spur der Fälschungen zeigte nach Berlin. Krahner hatte durch einen Verwandten Beziehungen mit einem in Berlin wohnenden Apotheker Mencke, und dieser soll Verbindungen mit einem Angestellten der Berliner Außenhandelsstelle gehabt haben. Auch Mencke wurde in Berlin festgenommen. Bei mehreren Hamburger Firmen konnten noch viele gefälschte Scheine beschlagnahmt werden. Durch diese Scheine sind Chemikalien im Werte von Millionen nach dem Ausland verschoben worden. Als einer der Hauptfälscher wird der Kellner Bernhard Kutschera, geboren am 1. April 1866 zu Wien, verfolgt.

Aus Stadt und Umgebung

Hausfrauenkalender.

Donnerstag, den 1. Juli 1920.

An Lebensmitteln gelangen ab heute für die bereits abgestempelten Bezugscheine 74—76 250 Gramm Reis zu 3,80 Mk., 250 Gramm Erbsen zu 1,10 Mk. sowie 500 Gr. Saft zu 2,50 Mk. zum Verkauf.

Auf gewöhnliche Fettmarken gibt es 100 Gramm Margarine zu 2,65 Mk. und 50 Gramm Kokosfett zu 1,55 Mk., auf Zusatzmarken (Aufdruck K) 50 Gramm Butter zu 1,55 Mk., auf Fettmarken mit dem Aufdruck G oder L (rot) 50 Gramm Margarine zu 1,35 Mk.

Für die Bewohner der Straßen mit den Anfangsbuchstaben K bis einschl. P gelangen im Alten Rathaus, Burgstraße 1, von 7—2 Uhr die Zuckermarken für die Monate Juli und August zur Ausgabe.

Die Marktpreise am heutigen Mittwoch.

* Auf dem Wochenmarkt in Merseburg wurden heute folgende Preise gezahlt: Rhabarber Pfund 40 Pfg., Möhren Schock 2 Mk., Spinat Pfund 60 Pfg., Salat Kopf 15 Pfg., Salatgurken Stück 3 Mk., Blumenkohl Staude 4 Mk., Zwiebeln Stück 13 Pfg., Kohlrabi Kopf 25 Pfg., Kirschen Pfund 2 Mk., Johannisbeeren 1,80 Mk., Stachelbeeren 1,50 Mk., Schellfisch Pfund 3,50 Mk.

Rüböl

in allen Butterverkaufsstellen, 100 Gramm Rüböl zu 2,50 Mk.

Die neuen Telegrammgebühren.

Vom 1. Juli beträgt die Telegraphengebühr bei gewöhnlichen Telegrammen 20 Pfg. für jedes Wort, mindestens 2 Mk. bei Presstetelegrammen die Hälfte. Für dringende Telegramme wird die Wortgebühr dreifach berechnet. Eine Quittung über entrichtete Gebühren wird gegen Zahlung von 50 Pfg. erteilt. Die Gebühren für Telegramme nach dem Auslande sind aus der Gebührentafel für Telegramme zu ersehen, die bei sämtlichen Postanstalten für 20 Pfg. käuflich ist.

Neue Eisenbahnpaketkarten.

* Vom 1. August ab werden voraussichtlich neue Eisenbahnpaketkarten zur Einführung gelangen. Neben einigen Aenderungen in den Beförderungsvorschriften, die auf der Rückseite der Karte aufgedruckt sind, wird die neue Paketkarte, die vornehmlich zur Auflieferung von Erpreßgut benutzt wird, noch einen neuen zweiten Abschnitt erhalten. Um jedoch den Verbrauch der bisher gebräuchlichen Muster zu ermöglichen, sollen für die Uebergangszeit die neuen Abschnitte gesondert hergestellt werden, die dann zusammen mit der jetzt im Gebrauch befindlichen Eisenbahnpaketkarte bei der Auflieferung von Erpreßgut abgegeben werden sollen.

Die Gebührenordnung für die neue Schilder-Steuer,

die am 1. 7. in Kraft tritt, bestimmt: 1. Fahrenschilder je nach Größe 5—15 Mk., 2. Transparentschilder je nach Größe 50—100 Mk., 3. Firmenschilder, je nach Größe 5—15 Mk., 4. Firmenschilder (aufgelegte) 1—15 Mark, 5. Barbierbecken 3 Mk., 6. Optikerbrillen, Uhren und andere Geschäftszeichen je nach Größe 5—15 Mk., 7. Schaukästen je nach Größe 15—50 Mk., 8. Lampen zum Zwecke der Beleuchtung von Warenauslagen nach Größe 1—5 Mk., 9. Werbelampen nach Größe 15—30 Mk., 10. Zierbäume in Kübeln 3 Mk., 11. Fensterspiegel 3 Mk., 12. Vordächer 50 Mk., 13. Markisen vor Geschäftsräumen bis 4 Meter Länge 5 Mk., bis 8 Meter Länge 10 Mk., über 8 Meter Länge 20 Mk., 14. Lichtschächte je nach Größe 5—15 Mk. Nur vorübergehend angebrachte Fahnen- und Firmenschilder und Werbezeichen je nach Größe je angefangene Woche 50 Pfg. bis 1 Mk.

Landwirtschaftlicher Genossenschaftstag.

* Der Verband der landwirtschaftlichen Genossenschaften der Provinz Sachsen und der angrenzenden Staaten zu Halle a. S. hält am 30. Juni vormittags 10 Uhr im Sitzungssaale des Landwirtschaftskammer-Gebäudes zu Halle a. S., Kaiserstr. 7, seinen 31. ordentlichen Verbandstag ab. Die Tagesordnung weist u. a. folgende Vorträge auf: 1. Bericht über den Stand des Genossenschaftswesens und die Tätigkeit des Verbandes. 2. Das Geschäftsgebahren der ländlichen Spar- und Darlehnskassen im Hinblick auf die voraussichtliche Gestaltung des Geldmarktes. 3. Die Stellung des Genossenschaftswesens zu dem von dem pr. Landwirtschaftsminister vorgelegten Gesetzentwurf über die Landwirtschaftskammern. 4. Neue Arbeitsgebiete für das ländliche Genossenschaftswesen.

Günstige Entwicklung des ländlichen Genossenschaftswesens.

* In diesen Tagen ist die Bestandsziffer der dem Verbande der landwirtschaftlichen Genossenschaften der Provinz Sachsen und Anhalt angeschlossenen ländlichen Spar- und Darlehnskassen auf 900 gestiegen, nachdem im letzten Jahre allein 170 neue Genossenschaftskassen gegründet wurden. Damit marschiert die provinzialsächsische Genossenschaftsorganisation hinsichtlich der zahlenmäßigen Stärke an der Spitze aller preußischen Genossenschaftsverbände. Die Zahl der Mitglieder dieser 900 Dorfbanken beträgt rund 60 000, das heißt: ein Sechstel der rund 360 000 selbständigen ländlichen Existenzen und Betriebe Sachsen-Anhalts sind genossenschaftlich organisiert. Der Zeitpunkt ist nicht mehr fern, an welchem ein lückenloses Netz von Genossenschaftskassen Sachsen-Anhalt überzieht.

Ordnungswidriges Verhalten der Arbeiter in Arbeiterzügen.

h. In der letzten Sitzung des Bezirkseisenbahnrates Erfurt—Halle, wurde darüber Klage geführt, daß die Arbeiter bei Benutzung der Eisenbahn größtenteils die Ordnungsvorschriften überhaupt nicht mehr beachten und sie sogar mehrfach die Eisenbahnbeamten tätlich bedroht haben, wenn sie auf die Innehaltung dieser Vorschriften hinweisen. Die Werkleitungen, Fabriken usw. sollen deshalb ersucht werden, an die Arbeiterschaft die dringende Aufforderung zu richten, dazu beizutragen, daß die unerläßliche Ordnung im Eisenbahnbetriebe wieder hergestellt werde. Wird dieser Aufforderung nicht Folge geleistet, dann müßte die Eisenbahnverwaltung die Einstellung von Arbeiterzügen erwägen.

Die gefährliche Herbstzeitlose.

* Eine Vergiftung mit tödlichem Ausgange hat sich in Ilmenau ein dreijähriger Knabe dadurch zugezogen, daß er auf einer Wiese von Fruchtteilen der Herbstzeitlose gegessen hatte. Der Junge erkrankte nach einigen Stunden schwer. Als ein Arzt gerufen wurde, waren die Vergiftungserscheinungen schon derartig schwer geworden, daß das Kind nicht mehr zu retten war. Die Herbstzeitlose, die im Herbst durch ihre schöne bläulich-rote Blüte auf den abgeernteten Wiesen das Auge entzückt, enthält ein sehr heftiges Gift, von dem schon 0,02 Gramm beim Menschen tödliche Vergiftung hervorrufen kann. Darum Vorsicht!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919200630-15/fragment/page=0002

Verwendung der Feldpostkarten.

* Die aus dem Feldpostverkehr übriggebliebenen Feldpostkarten und Feldpostkartenbriefe dürfen im gewöhnlichen inneren deutschen Verkehr verwendet werden, jedoch müssen der Aufdruck „Feldpost“ und die sonstigen nicht mehr zutreffenden vorgedruckten Angaben für die Feldanschrift vor der Einlieferung gestrichen werden.

Meisterprüfung.

* Die Herren Karl Bau-Papitz und Bruno Fritze-Zweimem bestanden am Sonnabend vor der Meister-Prüfungskommission in Merseburg die Prüfung als Tischlermeister.

Tivoli-Theater.

* Auf die am morgigen Donnerstag im Tivoli stattfindende Aufführung des Fischer und Jarnow'schen Schwankes „Der Sohn mit dem?“ sei nochmals hingewiesen.

Aus Kreis und Nachbarkreisen

Gastrolle eines Schwindlerpärchens.

** **Lauchstedt**, 30. Juni. Vor etwa 4 Wochen logierte sich in einem hiesigen Gasthof ein Pärchen ein, angeblich Bruder und Schwester. Am Donnerstag waren beide plötzlich verschwunden, ohne ihre Rechnung beglichen zu haben. Der Wirt reiste ihnen nach Halle nach und konnte auch dort ihre Festnahme bewirken. Aber er wirt wohl lange auf sein Geld warten müssen, ebenso sonstige gutmütige Seelen, die das Pärchen angepumpt hatte.

Fest für Heidenmission.

** **Mücheln**, 29. Juni. Der Hilfsverein für Heidenmission im Kirchenkreise Mücheln veranstaltet am 11. Juli sein Jahresfest in St. Ulrich. Die Festpredigt hat P. Swierzewski-Barnstädt übernommen. Im Schloßpark findet eine Nachfeier statt, in welcher ein Missionar der Berliner Missionsgesellschaft über den gegenwärtigen Stand des Missionswerkes [illegible] wird.

Erkrankungen nach Genuß von rohem Hackfleisch.

** **Schkeuditz**, 30. Juni. In zahlreichen Familien der Stadt sind seit Sonntag Erkrankungen eingetreten, die auf den Genuß von rohem gehacktem Fleisch schließen lassen. Die Beschwerden zeigen sich in Kopfschmerz, Durchfall, Mattigkeit, sogar hohem Fieber. Von ärztlicher Seite wird dazu bemerkt, daß die Erkrankungen zu keiner weiteren Besorgnis Anlaß geben. Es empfiehlt sich, in der warmen Jahreszeit Fleisch entweder in gekochtem oder angebratenem Zustande zu genießen.

Aus Provinz und Reich

Selbstmord im Gerichtssaal.

† **Leipzig**, 28. Juni. In einer Verhandlung vor der siebenten Strafkammer des Landgerichts Leipzig war der 54jährige Former Renner aus Leutzsch wegen eines an einem Schulmädchen begangenen Sittlichkeitsverbrechens zu einer Gefängnisstrafe verurteilt worden. Als der Vorsitzende die Begründung des Urteils verlas, griff Renner in die Jackettasche, führte ein Gläschen an den Mund und trank den Inhalt aus. Er hatte Gift genommen, Cyankali. Nach wenigen Minuten war er eine Leiche.

Verwegener Raubüberfall.

† **Eilenburg**, 27. Juni. Einen verwegenen Raubüberfall unternahmen zwei Radfahrer in dem Nachbardorfe Steubeln an dem Gutsbesitzer Buhle. Sie stiegen durch ein Fenster in das Schlafzimmer ein und zwangen den Besitzer mit vorgehaltenen Revolvern, seine ganze Barschaft, die glücklicherweise nur 500 Mk. betrug, herauszugeben. Die Ehefrau hatte unterdessen das Dienstpersonal geweckt, doch waren die Diebe plötzlich verschwunden.

Musterbetrieb zur Züchtung tuberkelfreier Rinder.

† **Jena**, 26. Juni. Das der Carl-Zeiß-Stiftung gehörige Gut Remderode ist an die Thüringische Landesviehversicherungsanstalt verpachtet worden, die dort einen Musterbetrieb einzurichten gedenkt, der namentlich der wissenschaftlichen Forschung dienen soll. Ein besonderer Zweig desselben wird der Züchtung tuberkelfreier Rinder gewidmet sein.

Ein gefährlicher Kleiderstoff.

† **Halberstadt**, 26. Juni. Zu dem kürzlich gemeldeten Brandunglück, dem ein junges Mädchen zum Opfer fiel, liegt jetzt ein Urteil des städtischen chemischen Untersuchungsamtes über das Kunstseidenkleid des jungen Mädchens vor, dem wir folgendes entnehmen. „Der Stoff enthält lediglich ein Gespinst aus Bimtrozellulose, die auch zur Zelluloseherstellung verwendet wird, der explosiven Schießbaumwolle ähnelt und sehr feuergefährlich ist. Der Leiter des chemischen Untersuchungsamtes, fordert, daß die Verwendung derartiger Stoffe zur Herstellung von Frauenkleidern streng verboten wird.

Jahresversammlung des Gustav Adolf-Vereins.

† **Halberstadt**, 29. Juni. Die Jahresversammlung des Gustav Adolf-Vereins begann mit einer Begrüßung in der Martinikirche, in der Stadtältester Peter Kühne die zahlreichen Gäste namens der Stadt begrüßte. Für den Hauptverein dankte der Leiter Geh. Konsistorialrat Prof. D. Feine-Halle. Die Festpredigt hielt Generalsuperintendent D. Jacobi-Magdeburg. Die Kollekte ergab über 1000 Mk. Den Abschluß bildete eine öffentliche Abendversammlung im Stadtpark. Der Vorsitzende des Zentralvorstandes Geh. Kirchenrat D. Rendtorff-Leipzig gab ein erschütterndes Bild von der Lage der deutschen evangelischen Kirche in den östlichen Abtretungsgebieten. Eine Tellersammlung im Saal ergab 714 Mk. An Liebesgaben, die von Schulkindern gesammelt waren, wurden insgesamt 11 359 Mk. übergeben. Weitere teils recht ansehnliche Gaben wurden überreicht.

Familientragödie.

† **Neustadt (Orla)**, 28. Juni. Der 22jährige Sohn des Schneidermeisters Paul Höfer war in Abwesenheit seines Vaters mit seiner Mutter in Streit geraten, in dessen Verlaufe der Sohn auf seine Mutter und auf sich selbst einige Schüsse abfeuerte, die beide in den Kopf trafen. Mutter und Sohn sind ihren Verletzungen erlegen.

Bunte Zeitung

Der Auszug der französischen Frauen der Amerikaner.

Gegen 50 000 Französinnen haben während des Krieges Amerikaner geheiratet und sind mit ihnen nach Amerika gegangen. Von diesen 50 000 kehren jetzt 12 000 wieder nach Frankreich zurück, weil sie sich „nicht an das amerikanische Leben gewöhnen können“. Die näheren Gründe für diese Unfähigkeit der Französinnen, mit Amerikanern zusammen zu leben, erörterte die Präsidentin des französisch-amerikanischen Frauenklubs Mrs. Reginald H. Johnson, die selbst eine französische Kriegsgetraute und die Gattin eines Professors in Pittsburg ist. Die Französin lernt sehr schwer und langsam englisch, und „wenn man nicht sprechen kann, denkt man zu viel. Wir Französinnen sind zu individualistisch, wurzeln zu fest im französischen Leben und denken zu viel an unsere Heimat. Nicht daß wir unsere Männer nicht liebten, aber uns fehlt Frankreich, und deshalb kehren so viele wieder nach Hause zurück.“ Auch eine Begründung!

Wozu dient der Stachel der Biene?

Der Wehrstachel (Acoleus der Bienen und Wespen zeigt schon durch seinen Namen an, daß man in ihm bisher ein Werkzeug der Abwahr und des Kampfes erblickt hat. Nun wird aber vielfach behauptet, daß eine Biene sterben muß, wenn sie sticht, und es wäre natürlich ein der Natur nicht zuzutrauender Widersinn, wenn die Waffe der Biene zugleich ein Selbstmordinstrument wäre. Diese Frage hat Dr. Hans Weinert veranlaßt, über Bau und Bedeutung des Bienenstachels eingehende Forschungen anzustellen, deren Ergebnisse er in einer umfangreichen Abhandlung der „Naturwissenschaftlichen Wochenschrift“ mitteilt. Zunächst beobachtete er den Vorgang des Stechens am lebenden Tier und stellte fest, daß sich die Tiere nach dem Stich bei den geringsten Anstrengungen, den Stachel wieder herauszuziehen, ja oft schon im Augenblick nach dem Einstechen, den Darmkanal aus dem Leibe rissen und so lange an dieser Angel zogen, bis der Darm irgendwo abriß. Die Insekten waren nach dieser furchtbaren Verletzung natürlich nicht sofort tot, denn Kopf und Bruststück der Biene können auch allein noch lange fortleben. Aber an eine Erneuerung des Darmes ist selbstverständlich nicht mehr zu denken, und so können die Bienen nach dem Stich im günstigsten Falle so lange existieren, wie sie ohne Nahrung auskommen. Wahrscheinlich werden die verletzten Bienen am längsten leben können, die beim Abreißen des Stachelapparates am wenigsten vom Darm mit verloren haben. Unter den vielen untersuchten Tieren fand sich nicht ein einziges, das keinen Stachel mehr besaß. Danach wäre also der Verlust des Stachels mit dem Tode gleichbedeutend, und es ist deshalb ausgeschlossen, daß die bisher beliebte Erklärung als „Wehrstachel“ einen Sinn hat, denn das Tier tötet sich selbst, wenn es sticht. Bei den Wespen zeigte sich, daß sie in ihren inneren Organen fester gebaut sind als die Bienen und daß der Stachelapparat mit den letzten Abdominalringen im Hinterleib fester zusammenhängt. Bienen konnten niemals an dem festhängenden Stachel kräftig ziehen, ohne sich den Darm aus dem Leibe zu reißen, während sich die Wespen in der Mehrzahl der Fälle ungestraft die größten Anstrengungen machen konnten. Ist nun die Ausdeutung des Bienenstachels als eines „Wehrstachels“ nicht zu halten, so bleibt die Frage offen, wozu die Biene einen Stachel hat. Aus der Stammesgeschichte der Immen hat man nachweisen wollen, daß der „Wehrstachel“ aus dem Legerohre gewisser Wespenarten hervorgegangen sei. Der Stachel wird danach zum Einboren der Eier in Holz, Blätter und andere Pflanzenteile, später auch in Zerbtiere und deren Larven gebraucht. Aber aus der anatomischen Untersuchung des Baues des Bienenstachels ergibt sich, daß es ausgeschlossen ist, den Wehrstachel unserer Bienen einfach als ein Ueberbleibsel des Blattwespenbohrers festzustellen. Weinert neigt nun der Ansicht zu, daß der Stachel eine für die Lebensweise der Bienen durchaus notwendige Einrichtung ist. Sie benutzen ihn z. B. dazu, bevor sie eine honiggefüllte Wabe zudeckeln, noch einmal in die Honigmasse hineinzustechen und einen Tropfen Ameisensäure hineinzuspritzen, wodurch der Honig haltbar werden und den scharfen Geruch bekommen soll. Sodann ist bekannt, daß die Bienen ihren Stock mit dem Duft der Ameisensäure durchlüften, indem sie sich unter das Flugloch setzen und unter starkem Flügelschlagen den herausgestreckten Stachel mit einem Gifttropfen an der Spitze emporhalten. Jedenfalls trifft die Bezeichnung „Wehrstachel“ nach Sinn und Bedeutung nicht zu wennaleich freilich alle Einzelheiten der Verwendung des Stachels im Bienenleben noch nicht aufgeklärt sind.

Volkswirtschaft — Handel — Verkehr.

Die Preise auf dem Pferdemarkt

in Buttstädt, wie sie in unserer Sonnabendnotiz im provinziellen Teil gekennzeichnet waren, sind, wie uns von Seiten hiesiger Pferdehändler, die den Markt besucht haben, mitgeteilt wird, nicht zutreffend. Danach sind nur zwei dänische Pferde, die durch den langen Marsch drüsenkrank geworden waren, billig verkauft worden, das eine für 15 000 Mk., das andere für 15 500 Mk. Für die guten frischen Pferde aus Dänemark sind bis zu 26 000 Mk. gezahlt worden. Allerdings sind von Zigeunern fehlerhafte Dänen für 7000 und und 8000 Mk. verkauft worden. Das Geschäft in älteren Pferden war zuletzt etwas stockend. Frische Dänen sind zum Teil zurückgegangen, weil der Markt überfüllt war.

Wettervoraussage

Donnerstag, den 1. Juli. Wolkig, kühler, strichweise noch etwas Regen.

Merseburger Schwimmerschaft, Badeanstalten.

Luftwärme 28 Grad, Wasserwärme 22 Grad.

Letzte Depeschen

Lord Abernon britischer Botschafter in Berlin.

London, 30. Juni. Bonar Law teilte im Unterhause die Ernennung Lord Abernons zum britischen Botschafter in Berlin mit. Er wird, wie Reuter erfährt, London in kürzester Zeit verlassen, um seinen Botschafterposten in Berlin anzutreten. Seine Ernennung habe einen zeitweiligen Charakter und stehe besonders im Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Problemen, die eine hervorragende Rolle in Deutschlands internationaler Lage spielen.

Die Ernennung Lord Abernons zum britischen Botschafter in Berlin bildet, wie das „Berl. Tagebl.“ schreibt, eine offenbar zwischen London und Paris vereinbarte Parallelaktion zu der Ernennung des französischen Botschafters Laurent. Den beiden Vertretern soll gemeinsam die Durchführung der in Spaa zu treffenden Vereinbarungen übertragen werden.

Laurent nach Berlin abgereist.

Paris, 30. Juni. Der französische Botschafter Laurent reiste gestern Abend von Paris nach Berlin ab.

Keine Vertreter der Produktion Spaa?

Berlin, 30. Juni. Die „Voss. Ztg.“ hebt hervor, daß die deutsche Delegation für Spaa von einer Reihe namhafter Bankiers begleitet sein wird. Von der Hinzuziehung verantwortlicher und bevollmächtigter Vertreter der deutschen Produktion habe man noch nichts gehört.

Die Aufbauarbeit der Kriegsgefangenen.

Eine Milliardenleistung gegen Hungerlohn.

München, 30. Juni. Nach authentischer Berechnung hat Deutschland für Frankreich bereits für 8—10 Milliarden Aufbauarbeit geleistet. Dafür haben die Franzosen den Hungerlohn von 20 Centimes je Tag den Gefangenen versprochen, aber bisher noch nicht gezahlt. Hoffentlich machen die deutschen Vertreter in Spaa auf diese Milliardenleistung Deutschlands mit allem Nachdruck aufmerksam.

Belgien verlangt 10 Milliarden.

Rotterdam, 30. Juni. Der Brüsseler Korrespondent des „Nieuwe Rott. Cour.“ erfährt von zuständiger Seite, daß Belgien als Mindestentschädigung die Summe von 10 Milliarden Frank fordern wird.

Das wortbrüchige Polen.

Berlin, 30. Juni. Ueber das Schicksal des widerrechtlich verhafteten Dr. von Holtum erfährt der „Tag“ aus durchaus zuverlässiger Quelle: Am 21. Juni erklärte der polnische Außenminister dem italienischen Gesandten in Warschau, daß der Befehl zur sofortigen Freilassung Holtums bereits gegeben sei. Diese Mitteilung übermittelte der italienische Gesandte dem Vorsitzenden der Interalliierten Kommission für das westpreußische Abstimmungsgebiet, der sie offiziell an die deutsche Regierung weitergab. Die polnische Regierung kehrte sich aber an ihr Versprechen keineswegs, sondern ließ sogar noch am Dienstag, 22. Juni, also vierundzwanzig Stunden nach der Versicherung der Freilassung, Dr. Holtum nach Warschau schaffen.

Polen beschlagnahmt Abstimmungsausweise.

Berlin, 30. Juni. Laut „Lok. Anz.“ ist nur ein Fünftel der von der Abstimmungskommission in West- und Ostpreußen abgeschickten Abstimmungsausweise für die Stimmberechtigten aus Polen in die Hände der Empfänger gelangt. Die übrigen vier Fünftel wurden von den Polen an der Grenze beschlagnahmt.

Trockenlegung des Zuider-Sees.

Haag, 30. Juni. Der Zweiten Kammer ist der Gesetzentwurf über die Errichtung militärischer Befestigungen zugegen, zu deren Anlage die Trockenlegung des Zuider Sees im Interesse der Landesverteidigung notwendig wird.

Kanadisch-russische Handelskontrakte.

Rotterdam, 30. Juni. Im kanadischen Parlament erklärte nach einer Meldung aus Ottawa der Handelsminister, daß der Handel zwischen den kanadischen Firmen und der russischen Regierung nicht behindert werde, doch hat die Kongreßregierung mit den abgeschlossenen großen Kontrakten nichts zu tun.

Zur ersten Tagung des Reichswirtschaftsrats.

Berlin, 30. Juni. Dem heutigen Zusammentritt des vorläufigen Reichswirtschaftsrates widmen verschiedene Blätter Wünsche und Hoffnungen. Die „Voss. Ztg.“ erinnert daran, daß das Rätesystem durchaus keine bolschewistische Errungenschaft ist. Der gesunde Gedanke, die Träger der Produktion an der Ausübung der Staatsgewalt mitwirken zu lassen, spielte bereits 1905 eine Rolle. Der Reichswirtschaftsrat werde schon in seiner jetzigen Verfassung den Versuch machen müssen, sich Rechte über das Maß hinaus zu erkämpfen, das ihm der Reichskurzsichtiger Politiker gewährt habe.

Unabhängige Obstruktion in Gotha.

Gotha, 30. Juni. In der gestern zur Bildung der neuen Regierung anberaumten Sitzung der Landesversammlung wurde die Dringlichkeit eines Antrages der Unabhängigen, den Reichspräsidenten um Aufhebung des Belagerungszustandes über Gotha und Abberufung des Reichskommissars Holle zu ersuchen, mit 9 gegen 9 Stimmen abgelehnt, nachdem der einzige demokratische Abgeordnete den Landtag verlassen hatte. Die Unabhängigen gaben darauf die Erklärung ab, daß sie ihre parlamentarische Mitarbeit verweigern, weil durch den Ausnahmezustand, die Einsetzung des Reichskommissars Holle, die Schließung des früheren Landtages und Neuwahl des jetzigen, Bedrohung der politischen Freiheit der Beamten, Einschränkung der Pressefreiheit usw. in Gotha rechts- und verfassungswidrige Zustände eingetreten und die Rechte der Landesversammlung verletzt seien. Die Unabhängigen verließen den Sitzungssaal und machten die Regierungsbildung unmöglich.

Die Bergarbeiter gegen die Ueberschichten.

Bochum, 30. Juni. Die Arbeitnehmer-Organisationen der rhein.-westfälischen Bergwerke haben bei der Arbeitsgemeinschaft eine Revision des Ueberschichten-Abkommens beantragt. Die Bergarbeiter könnten nicht länger Ueberschichten in der bisherigen Weise verfahren, wenn nicht bald eine Besserung in der Lebensmittelversorgung eintrete. In einer Belegschaftsversammlung der Zeche „Catharina“ bei Essen wurde ausgeführt, jeder Bergmann sollte verachtet werden, der sich jetzt noch zu Ueberschichten bereitfinde.

Kriegszustand über Würzburg.

Würzburg, 30. Juni. Wie amtlich mitgeteilt wird, sind bei den Lebensmittelkrawallen zwei Personen getötet, vier verwundet worden. Ueber die Stadt wurde der Kriegszustand verhängt. Die Lage ist heute noch gespannt.

Abschiedsgesuch des Oberbürgermeisters von Halle.

Halle, 30. Juni. Der Oberbürgermeister der Stadt Halle, Dr. Rive hat sein Abschiedsgesuch eingereicht.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919200630-15/fragment/page=0003

Leser! Kauft bei unseren Inserenten!

Montag abend ½5 Uhr entschlief sanft nach kurzem, schweren Krankenlager, mein herzensguter Mann, unser guter Vater, Schwiegervater und Grossvater,

der Gutsbesitzer

Carl Vogel

im noch nicht vollendeten 70. Lebensjahre.

Delitz a. B., den 28. Juni 1920.

In tiefer Trauer

Selma Vogel, geb. Helimuth.

Im Namen aller Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Donnerstag ½4 Uhr statt.

Die öffentliche Lesehalle

im **„Herzog Christian"**

ist geöffnet jeden Tag von **früh 10 Uhr bis abends 9 Uhr.** Die besten und größten Tageszeitungen und Zeitschriften liegen aus.

Monatslesekarte	Preis	1,—	Mark,
Jahreslesekarte	„	5,—	„
Familien-Monatslesekarte	„	2,—	„
Familien-Jahreslesekarte	„	7,—	„
Tageslesekarte	„	—,20	„

Die Karten sind im Herzog Christian zu haben. Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren ist der Zutritt nicht gestattet.

Der Verein zur Förderung der Jugendpflege.
(E. V.)

Kreissparkasse Merseburg

— Bahnhofstraße 3 —

Postscheck-Konto: Leipzig 8856 Fernruf 54

unter Haftung und Sicherheit des Kreises

Spareinlagen mit täglicher Verzinsung werden jederzeit — auch im Ueberweisungsverkehr — angenommen

Rückzahlungen erfolgen je nach Vereinbarung sofort ohne Kündigung.

Sicherheitsmaßnahmen gegen unberechtigte Abhebungen.

Unbedingte Verschwiegenheit über alle Geschäftsvorkommnisse.

— **An- und Verkauf von Wertpapieren.** —

Einlösung fälliger Zinsscheine und geloster Stücke.

Darlehne an Jedermann

gegen Sicherstellung durch Hypothek oder Pfand.

Spezialanstalt z. Förderung d. Bargeldlos. Zahlungsverkehrs.

Eröffnung von provisionsfreien Girokonten für Jedermann.

Völlig kostenlose Ausführung von Geld-Ueberweisungen an jede Person im Deutschen Reiche, auch Einziehung von Schecks und Wechseln.

— Unentgeltliche Abgabe von Formularen und Scheckheften. — Schnellste Erledigung von schriftlichen Aufträgen.

Wer Siedler ist oder werden will

lese die Siedlerschrift

Deutscher Klein-Siedler

Probenummern umsonst vom

Klein-Siedler-Verlag Oehsenfurt a. Main.

Tivoli-Theater Merseburg.

Dir.: **Arthur Deckert.**

Donnerstag, den 1. Juli 1920, abends ½8 Uhr:

Der Sohn mit dem ?

Schwank in 3 Akten von Fischer und Jarno.

Stadttheater-Halle

Donnerstag abds. 7½ Uhr: **Die Bürger v. Calais.**

Freitag, abends 7½ Uhr: **Sinfonie-Konzert.**

Obst-Verpachtung

Die Obstnutzung der Gemeinde **Blösien** soll

Sonnabend, den 3. Juli, nachmittags 5 Uhr

im Gasthaus meistbietend gegen sofortige Bezahlung verpachtet werden.

Der Gemeindevorsteher.

Obst-Verpachtung.

Sonnabend, den 3. Juli, vormittags 9½ Uhr

sollen im „Gasthof zu Wallendorf", das zur Mühle gehörige Obst öffentlich meistbietend verpachtet werden. Bedingungen im Termin.

Oswald Schumann.

Sparöschen „Küchenschatz"

empfiehlt

P. Rudolph, Lindenstraße 6.

Aquariengläser

verschied. Größen, zu kaufen gesucht. Angebote mit Preis und Größe unter **E. M.** an die Geschäftsstelle d. Blattes.

Wer Adressen schreiben will oder sonstigen Nebenverdienst sucht, verlange Auskunft gegen 1.— ℳ durch A. Seidel, Plauen B. Nordstr. 10.

Eisenbahn- u. Kleinbahn-Fahrplan

(zum Aushängen)

in gegen früher erheblich erweitertem Umfang, in der Geschäftsstelle des Tageblattes für 50 Pfg. käuflich.

Tel. 100. Hälterstr. 4.

Weißnäherin

(f. neue Wäsche) gesucht. Angebote unter **589** an d. Exp. dieses Blattes.

Gabelsbergerscher Stenographenverein.

Donnerstag, den 1. Juli d. Js., abends 8 Uhr, wird ein neuer

Kursus in der Gabelsbergerschen Stenographie

eröffnet. Anmeldungen beim Beginn des Unterrichts.

Lokal: Karlstraße 4 — (altes Lazarett.) —

Mädchen

für Haushalt mögl. v. Lande sofort oder später gesucht

Frau Schöbe, Merseburg Karlstraße 26 I.

Aufwartung

für einige Vormittagsstunden gesucht. Poststraße 3 I.

Moor-

bäder echt Schmiedeberger von ausgezeichneter Heilkraft und alle anderen Kurbäder,

Fernruf 245, Johannisbad, Merseburg, Johannisstr. 10.

1 Minute v. Markt.

Einige Fuhren

Stroh und Spreu

(gemischt)

gibt ab

Creypau Nr. 8.

Unterhaltene Scheune

5 Min. vom Bahnhof Dürrenberg zum Abbruch zu verkaufen.

Lennewitz Nr. 18.

Besichtigung v. 5½ Uhr nachm.

Die unterzeichneten Geldinstitute Merseburgs vergüten vom 1. Juli 1920 ab im provisionsfreien Scheck- und Giroverkehr bis auf weiteres höchstens 3 % Zinsen.

Für jeden Ueberweisungs- oder Zahlungsauftrag wird neben den eigenen Portoauslagen eine geringe Gebühr als Beitrag zu den Unkosten in Anrechnung gebracht.

Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt Filiale Merseburg

Kreissparkasse

Merseburger Vereinsbank E. G. m. b. H.

Mitteldeutsche Privat-Bank, A.-G. Zweigniederlassung Merseburg

Sächsische Provinzialbank

Friedrich Schultze

Städtische Sparkasse.

2 bis 3 leere Zimmer

von jungem Ehepaar gesucht. Preis egal. Angebote unter **W. B.** an die Exped. dieses Blattes.

Ein Paar neue Militärschnürschuhe

zu verkaufen. Preis 135 Mk. Näheres in der Expedition dieses Blattes.

Bekanntmachung.

Der Verbandsausschuß hat in seiner heutigen Sitzung folgende Aenderungen unserer Stromlieferungsbedingungen vom 1. Oktober 1917 beschlossen:

1. Dezember 1917

§ 3 Absatz b und c. Die Grundpreise betragen vom 1. August 1920 ab für Licht Mk. 2,50 „ Kraft „ 1,50

Absatz d wird gestrichen.

§ 4. Zu der nach Absatz c berechneten Zählermiete kommt ab 1. August 1920 ein Zuschlag von 100 %.

Außerdem wird die Staffel verlängert

bis zu 15 300	Watt Anschlußwert	8,00	Mk.
„ „ 17 000	„ „	10,00	Mk.
„ „ 21 250	„ „	15,00	Mk.
darüber		20,00	Mk.

d Die Zählermiete für Hochspannungszähler unterliegt besonderer Vereinbarung.

§ 7. Zu den nach Absatz c berechneten Abnahmegebühren kommt ab 1. August 1920 ein Zuschlag von 100 %

§ 12 wird gestrichen.

Vorstehendes geben wir gemäß § 16 unserer Stromlieferungsbedingungen bekannt.

Großabnehmer erhalten besondere Nachricht.

Kretzschau, den 28. Juni 1920.

Elektrizitäts-Verband Weißenfels-Zeitz in Kretzschau.

Der Verbandsvorsteher. Voigt.

Erstklassige Scheuertücher.

Suche für Platz und Umgegend einen bei einschlägigen und ersten Geschäften gut eingeführten **durchaus tüchtigen Vertreter.**

Angebot mit Referenzen an **A. Sennewald, Leipzig, Eisenacherstr.**

Prima Tafel-Apfelwein

hochfeine Qualität vom Fass

pro Liter **Mk. 7.20** inkl. Steuer

empfehlen:

Otto Dorn Nachf.,	Markt 7.
Carl Elkner,	Markt 22.
Rich. Kahl,	Neumarkt 10.
Adolf Kunecke,	Gutenbergstrasse 1.
Paul Näther Nachf.,	Markt 9.
Oswald Tränkner,	Bahnhofstrasse 10.
Julius Trommer,	Unter-Altenburg 13.
Emil Weidling	Obere Breitestrasse 19.
Emil Wolff,	Rossmarkt 11.

Drehstrom-Motore

jeder Grösse ab Hall. od. Berl. Lager, sofort lieferbar weit unter Tagespreis in Friedensausführung, bek. Fabrikate. Ferner laufend lieferbar neue **Kupfermaschinen** Drehstrom 220/380 Volt mit Schleifringanker: 3 Ps Mark 4300, —, 4 Ps Mark 5200,— Bevor Sie Ihre Aufträge vergeben fragen Sie bitte bei mir an.

Heinrich v. Jakobs, Halle a. S.

Abtlg. B. Fernsprecher 6589.

Jeder Deutsche

der zur Verringerung des Bargeldumlaufs beiträgt, stärkt die wirtschaftliche Kraft des Vaterlandes; ein jeder benutze dann für ::: seine Zahlungen ein :::

Postscheck-, Bank- oder Sparkassenkonto

Auskunft erteilen kostenlos:

Das Postamt
Bankhaus Friedrich Schultze
Mitteldeutsche Privat-Bank A.-G., Zweigniederl. Merseburg
Sächsische Provinzialbank, Landeshaus
Städtische Sparkasse
Sparkasse des Kreises Merseburg
Merseburger Vereinsbank, E. G. m. b. H.

Redaktionsvolontär

sowie

: Mitarbeiter :

auch gelegentliche, in allen Kreisorten und in der Stadt Merseburg selbst, sucht gegen angemessenes Entgelt

Redaktion des „Merseburger Tageblattes".

Verantwortliche Redaktion Politik, Oertl. und prov. Teil: Hanns Lotz. Sport: M. Hochheimer, Anzeigen: H. Baltz.
Druck und Verlag: Merseburger Druck- und Verlagsanstalt L. Balz, sämtlich in Merseburg.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919200630-15/fragment/page=0004

Beilage zu Nr. 141 des Merseburger Tageblattes

Mittwoch, den 30. Juni 1920.

Politische Rundschau

Hugo Stinnes über den Wiederaufbau.

In einer Unterredung mit dem Berliner Berichterstatter des „Matin" erklärte Hugo Stinnes, daß die wichtigste Aufgabe für die Industrie jetzt darin bestehe, zu produzieren. Spaa komme zu früh, und die Konferenz werde eine Qual für die Franzosen und Deutschen werden. Man solle noch einige Monate abwarten, um vorher die deutschen Arbeiter zu überzeugen, daß es notwendig sei, mehr zu arbeiten als bisher. Stinnes hält die finanzielle und wirtschaftliche internationale Solidarität für möglich und notwendig. Eine zu hohe Valuta ist eine ebenso schwere Last wie eine niedrige, das wird die Neutralen und Amerika zwingen, an dem wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas mitzuarbeiten. Das wirtschaftliche Zusammenarbeiten dürfte aber nicht dazu führen, internationale Anleihen zu begeben, sondern internationale Steuern auszuerlegen. Kohle, Eisen, Transportmittel zu Land und zu Wasser könnten besteuert werden und die Hilfsquellen bilden, die die Weltgemeinschaft verwalten und zum allgemeinen Wohl ausnützen könnte. Die Grundlage sei aber ein Zusammenarbeiten zwischen Frankreich und Deutschland, das wegen der Nachbarschaft der beiden Länder und wegen des Zwanges, Eisen, Kohle und andere Produkte untereinander auszutauschen, geboten erscheine. Ein lebhafter Handelsverkehr könnte sich zwischen Deutschland und Frankreich entwickeln, falls die Arbeiten vollendet wären, die den Rhein und die Mosel völlig schiffbar machten.

England und die Not der deutschen Kinder.

Der Chefredakteur der „Daily News" Gardiner, der gegenwärtig Deutschland bereist, schildert in einem den „hungernden Kindern Deutschlands" gewidmeten Artikel in ergreifender Weise Not und Elend der zu 40 v. H. unterernährten Großstadtjugend und beschäftigt sich insbesondere auch mit der Haltung Englands dieser Not gegenüber.

Abgesehen von den Quäkern, so schreibt Gardiner, kümmere sich England nicht um die Kinder des besiegten Feindes. Selbst die sonst hervorragende Tätigkeit des „Save the Children Fund" beschränke sich auf Oesterreich, Böhmen, Polen. Deutschland sei ausgeschlossen. Die Ursache sei, daß die britische Regierung für jedes Pfund, das der „Fund" aufbringt, noch ein Pfund zahle, abernicht für Deutschland. Deshalb verwende der „Fund" sein Geld da, wo es sich verdoppelt. O, du wackere britische Regierung! Ich lese hier in Zeitungen, daß man jetzt drei Millionen dafür verschwendet, um deine Soldaten wieder in Scharlach gekleidet zu lassen. Das ist die richtige Bekleidung zu der organisierten Aushungerung der Kinder des ehemaligen Feindes! Am schlimmsten sei die Lage in dem von Engländern besetzten Gebiet, wo außer den 2000 Pfund von den Quäkern nichts geschehen worden sei, obwohl dort 9 von 10 Kindern unterernährt seien. Es sei nicht angenehm für die englischen Soldaten, in Hülle und Fülle unter solchem Elend zu leben, zumal sie wissen, daß ihre Ueppigkeit aus den Taschen der Hungernden bezahlt wird. Gardiner sagt zum Schluß: „Ist denn keine Aussicht auf ein edelmütiges Verhalten einem geschlagenen Feinde gegenüber, das bisher eine Tradition des englischen Volkes galt?"

Englische Eindrücke in Sowjetrußland.

Frau Snowden, die Gattin und Mitarbeiterin des bekannten englischen Sozialistenführers Phil. Snowden, machte auf der Rückreise von Rußland in Berlin einem Mitarbeiter der „Voss. Ztg." interessante Mitteilungen über die Eindrücke, die sie als Mitglied der Studienkommission der englischen Sozialisten während ihrer sechswöchigen Reise in Rußland gewonnen hat.

Die wesentliche Kenntnis, die Frau Snowden auf dieser Fahrt gewonnen hat, gipfelt in dem Satze: Das ist nicht Sozialismus, was hier in Sowjetrußland verwirklicht worden ist; das hat mit den Lehren von Karl Marx nichts zu tun; das ist dasselbe System der Tyrannei, wie es ehedem in Rußland herrschte, nur jetzt vom entgegengesetzten Pol ausgeübt. Es herrscht wohl stärkere Disziplin als in dem alten Rußland, aber diese Disziplin ist zum großen Teil erzwungen; nur jetzt, da der Krieg mit Polen dem russischen Nationalbewußtsein wieder einen starken Antrieb verliehen hat, fügen sich freiwillig auch viele, die mit dem Bolschewismus an sich nichts zu tun haben wollen.

Die Lebensverhältnisse in den Städten sind trostlos. Die Bevölkerung hungert und leidet Mangel an Kleidung und Beschuhung. Die Bauern geben ihre Erzeugnisse nur im Austausch gegen Kleiderstoffe, landwirtschaftliche Gerätschaften und Maschinen her.

Leugnet Herr Kopp auch diesmal?

Die taktvolle Art und Weise, wie gewisse Elemente im Auswärtigen Amt dem ausländischen Bolschewistenvertreter zu Hilfe gekommen und dem Sicherheitskommissar des eigenen Landes in den Rücken gefallen sind, veranlaßt die „Tägl. Rundschau" sogende indiskrete Fragen zu stellen:

Leugnet Herr Kopp auch, daß sein Vertreter, Herr Boaelmann, demnächst eine besondere Firma „für den Ex- und Import mit Sibirien" (!!) eröffnen will, die nur als Kulisse für seine Propagandaabteilung dienen soll? Ist Herr W. nicht als Nachfolger des bisherigen Propagandaleiters Sapieha ausersehen, der deshalb kaltgestellt werden soll, weil seine Tätigkeit den deutschen Behörden zu sehr belästigt worden ist, und weil er überdies zu freigebig und leichtsinnig mit dem rollenden Sowjetrubel umgegangen ist?

Kann Herr Kopp leugnen, daß im Büro Sapiehas die Bolschewistin Maß angestellt ist, ferner ein gewisser Moses, der reichlich mit Geldmitteln versehen wird, natürlich nur, um die deutsch-russischen Handelsbeziehungen zu fördern? (Einfuhr bolschewistischer Literatur).

Kann Herr Kopp leugnen, daß sein Sekretär Reich Hauptleiter aller Machenschaften zur Verwirklichung des russischen Programms ist? Hat Herr Reich nicht Herrn Kopp im Auftrage der Freimaurer zu kontrollieren und dem Meister der Loge über ihn Rapport zu erstatten? Entstehen nicht deshalb oft Meinungsverschiedenheiten zwischen Chef und Sekretär?

Kann Herr Kopp leugnen, daß der bolschewistische Agitator Osolin (früher in der berüchtigten Außerordentlichen Kommission in Moskau) von K. den besonderen Auftrag erhalten hat, nach Dokumenten zu fahnden, die die Beziehungen zwischen russischen Rechtspolitikern und der deutschen Regierung, sowie Verständigung der letzteren mit der Entente in bezug auf Aktionen gegen Sowjetrußland enthüllen? Ist für diese „Enthüllungen" nicht eine erhebliche Summe zur Verfügung gestellt worden?

Die Futterkrippenwirtschaft

wird jetzt sogar den Demokraten zu viel. Zu der Ernennung des sozialdemokratischen Abg. Wolf zum komm. Landrat in Magnit durch Herrn Severing schreibt die „Voss. Ztg.", für die Ernennung dieses Mannes spreche kein einziger sachlicher Gesichtspunkt. Er habe sich in seiner eigenen Partei durch den Mangel an vermittelnder Gaben hervorgetan und werde im Kreise mit einmütiger Ablehnung empfangen. Die Demokraten hätten bereits öffentliche Protestversammlungen abgehalten. Bei der Besetzung des Postens ohne Wissen des Oberpräsidenten handle es sich nicht um einen vereinzelten Mißgriff, sondern die sozialdemokratischen Parteiinstanzen besetzen die Verwaltung nach rein parteipolitischen Erwägungen, unbekümmert um den nicht wiedergutzumachenden Schaden für die Staatsautorität. Dieses Verfahren müsse unter den heutigen Verhältnissen geradezu zum Ruin führen. Die Ausübung der Landratsämter sei an das Vertrauen der örtlichen Bevölkerung geknüpft und die Wahl könne deshalb nur durch die Selbstverwaltungskörper erfolgen. Die kommissarische Besetzung bedeute eine Umgehung dieses gesunden Prinzipes, dessen Ausdehnung eine dringende Forderung der Demokratie sein müsse, wenn der Widerwille gegen „Berlin" nicht immer stärker anwachsen solle.

Die Demokraten sind ja auch in Preußen Regierungspartei. Der Knüppel liegt also beim Hunde.

Aus Stadt und Umgebung

Ein 10jähriges Jubiläum

feiert am 1. Juli Frl. Linda Reichel als Angestellte im Hause der Firma G. Hoffmann, Inh. Bernhard Taltzig, Markt 19. Die Jubilarin erfreut sich bei Chef und Kolleginnen und ganz besonders bei der Kundschaft sehr großer Wertschätzung und wurde zum Zeichen ihrer Beliebtheit mit Blumen und sonstigen Geschenken reichlich bedacht.

Reichsnotopfer.

* Gemäß Verfügung des Reichsministers der Finanzen ist die städtische Sparkasse in Merseburg Annahmestelle von Zahlungen und Kriegsanleiheeinlieferungen für das Reichsnotopfer. Bekanntlich ist der Abgabepflichtige berechtigt, im Voraus Zahlung zu leisten, für die ihm, soweit sie bis zum 30. Juni 1920 erfolgen, eine Vergütung von 8 Prozent und soweit die Einzahlung in der Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember 1920 stattfindet, eine solche von 4 Prozent gewährt wird. Kriegsanleiheeinlieferungen von Selbstzeichnern können jederzeit erfolgen.

Kapitalsertragssteuer.

* Nach den Bestimmungen über das Kapitalsertragssteuergesetz sind die Schuldner von privaten Darlehen verpflichtet, 10 Prozent der Zinsen einzubehalten, diesen Betrag an das Finanzamt zu überweisen und die Empfangsbescheinigung hierüber dem Zahlungsempfänger zuzustellen. Die städtische Sparkasse in Merseburg erledigt diese Arbeiten auf Grund von Provisionspflichtigen Scheckkonten für die hiesigen Hausbesitzerland usw. Entsprechende Vordrucke sind bei der Sparkasse erhältlich.

Zu den Nachklängen

des 38. Stiftungsfestes unserer ehemaligen blauen Husaren verdient der von Herrn Altendorf jun. in kompletter Husarenuniform mit markigen Worten vorgetragene Prolog besonders hervorgehoben zu werden.

Einen besonderen Teil des Festes bildete die Ehrung der Jubilare, die dem Vereine 25 Jahre als Mitglied angehören. In beredten Dankesworten feierte der 1. Vorsitzende die hohen Verdienste des ehemaligen langjährigen Vorsitzenden, Kanzlei-Sekretärs Burghold, des 2. Schriftführers Provinzial-Botenmeisters Grahmann, des Kassierers, Hausmeister und Kassenbote bei der Landesdirektion Kohl unter Ueberreichung der Jubilarabzeichen und Blumenspenden.

Von dem Herrn Regierungspräsidenten und anderen hohen Gästen wurden die Jubilare besonders beglückwünscht und ihnen besonderer Dank für die im Interesse des Kriegervereinswesens geleisteten Dienste ausgesprochen.

Mitteilungen der Handelskammer.

* Das Juniheft des Jahrganges 1920 der Mitteilungen der Handelskammer zu Halle a. S. ist soeben erschienen. Es bringt Mitteilungen über Veränderungen in der Liste der von der Handelskammer öffentlich angestellten und vereidigten Sachverständigen und Probenehmer, Prüfungsberichte über den Gründungsbergang von im Handelskammerbezirk gegründeten Aktiengesellschaften, postalische Bestimmungen, Verkehrsbestimmungen, Steuerfragen, Außenhandel, sowie sonstige für Industrie und Handel wissenswerte Nachrichten. Die Zusammenstellung der ergangenen Gesetze, Erlasse, Verordnungen und Bekanntmachungen sowie der Angestelltentarifverträge im Handelskammerbezirk ist weiter fortgesetzt. Bestellungen nimmt jede Postanstalt, sowie das Büro der Handelskammer in Halle a. S., Franckestr. 5, entgegen.

Gewinnziehung der Preußenlose 1919.

* Am 1. Juli 1920 findet die 2. Gewinnziehung einschl. Auslosung der 1. Serie der Deutschen Sparprämienanleihe statt. An Gewinn, Rückzahlungen, Bonus und aufgehobenen Zinsen werden am 1. Juli 82 Millionen Mark gezogen. Zeichner, die noch neue Stücke erwerben und an der äußerst ordentlich günstigen Gewinnziehung teilnehmen wollen, müssen die Zeichnung bis 30. Juni 1920 vermittels bewirken. Die städtische Sparkasse gibt Stücke der Anleihe zum Berliner Börsenpreise ab.

Die Erben von Hohenlinden.

Roman von Fr. M. White.

27) (Nachdruck verboten.)

„Hast du ihm denn geantwortet auf seinen Brief? Hast du ihm geschrieben, wie er es verdiente?"

Tarnow antwortete nicht, sondern starrte finster vor sich nieder. Margarete sah ihn an — mit einem seltsamen Gefühl, für das sie sich keine Erklärung wußte. Was wollte er denn? — Wessen konnte sie ihn anklagen? Sie wußte ja, daß sie auch aus freien Stücken das getan hätte, was er von ihr verlangte! — Keinen Augenblick täuschte sie sich über die Größe des Opfers hinweg, das sie bringen mußte. Sie gab sich selbst, ihr Lebensglück dahin für die Reinheit ihres Wappenschildes — für ihren Namen. Was sie tun wollte, kam einer Selbstvernichtung gleich; denn von dem Augenblick an, da sie Slawiks Weib war, hörte sie auf, wahrhaft zu leben. Aber sie zweifelte doch keinen Augenblick daran, daß sie das ungeheure Opfer bringen würde. Wie konnte sie da dem Vater einen Vorwurf machen daraus, daß er auf ihren Opfermut seine letzten Hoffnungen gesetzt hatte? Wie hätte er denn handeln sollen? — Unwillkürlich suchte sie sich auszumalen, wie Rudolf Gentner sich an ihres Vaters Stelle benommen hätte. O, er hätte das Unglück lachenden Mundes getragen — er hätte Slawik von der Schwelle seines Hauses gejagt wie einen Hund. Und sich gütte er lieber mit eigener Hand Feuer gelegt an das Schloß, ehe er sein Kind einem lügenhaften Stolz zum Opfer gebracht hätte.

Sie erschrak. Hatte sie es so gemeint — lügenhaft? Nein — nein! Mochte um den alten Namen, um das alte Wappenschild ihr Leben geopfert werden — was war es denn — ihr Leben — im Vergleich zu der Ehre eines uralten Geschlechtes? Ja, sie war stolz auf ihre Vorfahren — so stolz, daß sie ihnen das Höchste opfern wollte, was sie besaß — sich selbst? Und sicherlich war dieser Stolz nicht töricht, nicht lügenhaft. Durfte sie denn zurückschrecken vor dem, was ihr zugemutet wurde? Jahrhundertelang hatten Männer und Frauen das Wappenschild der Reckenlhin und Tarnow in Ehren gehalten, durch Jahrhunderte hatten sie es fleckenlos und glänzend zu erhalten gewußt, hatten die Gefühle ihrer Herzen der Familienehre untergeordnet. Wohl — sie wollte zeigen, daß sie war wie jene — daß ihr Blut in ihren Adern rollte!

Und ruhig sagte sie:

„Gib mir den Brief, Vater!"

Tarnow verstand sie — aber nichts von Freude oder Erleichterung war auf seinem Gesicht zu lesen. Noch tiefer wurden die Falten um seine Mundwinkel, noch düsterer der Ausdruck seines grammverwüsteten Antlitzes; aber er zögerte doch nicht, Margaretes Verlangen nachzukommen. Er gab ihr den Brief, den Slawik an ihn geschrieben, und mit tief gesenktem Haupt saß er in seinem Sessel, während sie ihn las.

Es war nicht viel mehr als das, was ihr der Vater schon gesagt hatte. Ruhig und geschäftsmäßig war das Schreiben, und so gut hatte der Pole seine Worte zu setzen gewußt, daß seine Absichten gar nicht mißzuverstehen waren. Margarete fühlte, daß dieser Brief gar nicht für ihren Vater, sondern für sie bestimmt gewesen war; und in bitterer Scham empfand sie, wie sicher Slawik sich des Grafen gefühlt hatte. Noch einmal bemächtigte sich ihrer eine dumpfe Furcht vor dem Kommenden — aber sie schüttelte sie ab, und ohne länger zu zögern, legte sie sich einen Briefbogen zurecht und schrieb mit hastender Feder, ohne eine Anrede: —

„Es ist spät geworden — aber noch nicht zu spät, mit einem Geschäftsmann über Geschäfte zu sprechen. Ich bin sicher, daß Sie noch in dieser Nacht auf eine Antwort gerechnet haben — kommen Sie! — Es soll noch heute alles ins reine kommen." —

Sie hielt es für überflüssig, dem Brief eine Unterschrift zu geben, und verschloß ihn rasch in ein Kuvert, das sie mit Slawiks Adresse versah. Und erst, nachdem sie auf die Glocke gedrückt hatte, die Walter herbeirufen sollte, wandte sie sich an ihren Vater.

„Ich habe es getan," sagte sie. „Gott weiß, was es mich gekostet hat. Aber ich bitte dich, kein Wort mehr darüber zu verlieren."

Walter kam, und Margarete übergab ihm den Brief mit dem Befehl, ihn unverzüglich ins Dorf zu tragen. Der alte Diener zuckte zusammen, als er die Aufschrift las, und es schien fast, als wollte sich ihm ein schnelles Wort über die Lippen drängen. Aber es blieb ungesprochen. Und nach einem kaum merklichen Zögern wandte sich Walter zur Tür, um den erhaltenen Auftrag auszuführen.

Margarete trat an das Fenster. Jetzt, da sie gleichsam alle Brücken hinter sich abgebrochen hatte, suchte sie ihr zuckendes Herz gewaltsam zum Schweigen zu bringen mit der Einbildung, daß es ein heiliges Opfer sei, das sie gebracht hatte. Aber das arme Herz glaubte ihr nicht. Und im tiefsten Grunde ihrer Seele empfand sie die Furchtbarkeit des Unrechts, das sie in dieser Stunde sich und einem anderen zugefügt hatte.

So stand sie und wartete, und die Minuten verrannen in unerträglicher Langsamkeit. Sie war voll Ungeduld, das Werk der Selbstvernichtung zu vollenden — denn sie fürchtete — fürchtete, daß es am Ende doch über ihre Kraft gehen würde, wenn es noch gar zu lange hinausgeschoben wurde.

Sie sah in den Park hinaus — — Da unten wohnte Slawik als Herr von Hohenlinden spazieren gehen — da würden Feste gefeiert werden, deren Mittelpunkt er war — Aber das Wappenschild der Reckenlhin — das blieb ja doch — rein — und unbefleckt — —

Sie fuhr auf —

Dort kam er über den Kiesweg, mit langsam ruhigen Schritten. Er hatte keine Eile. Er wußte ja doch, daß er das Spiel gewonnen hatte, daß ihm sein Opfer nicht mehr entgehen konnte.

Und durch Margaretes Herz ging ein Riß — —

14. Kapitel.

Das Folgende spielte sich so ruhig und gelassen ab, als handelte es sich um die natürlichsten und einfachsten Dinge. Walter meldete dem Grafen, daß Herr Slawik gekommen sei und im Empfangszimmer warte. Tarnow sah seine Tochter fragend an, und Margarete verstand ihn.

„Sag' ihm, daß ich mit ihm allein zu sprechen wünsche," sagte sie. „Und bitte ihn, hier hereinzukommen."

Der Graf nickte schweigend und verließ das Zimmer, Slawik kam ihm im Empfangszimmer um ein paar Schritte entgegen und sagte mit vollendeter Höflichkeit:

„Ich bitte um Verzeihung, daß ich noch zu so später Stunde störe. Aber ich war der Meinung, daß unsere Angelegenheiten nicht früh genug geordnet werden können."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919200630-15/fragment/page=0005

Fahrpreisermäßigung für Schulfahrten.

* Die im Kriege außer Kraft gesetzte Fahrpreisermäßigung führ Fahrten zu wissenschaftlichen und belehrenden Zwecken, für Schulfahrten und zugunsten der Jugendpflege wird für den Bereich der in Preußen und Hessen belegenen Reichseisenbahnen wieder gewährt.

Herabsetzung des Margarinepreises.

* Der Abgabepreis für Margarine durch den Reichsausschuß für pflanzliche und tierische Oele und Fette ist vom Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft vom 1. Juli ab von 21 auf 16 Mk. pro Kilogramm herabgesetzt worden.

Sitzung der Stadtverordneten

Eine öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung fand am gestrigen Dienstag, abends 6 Uhr statt. Man trat sofort in die Tagesordnung ein.

1. **Eine Unklarheit im Protokoll der letzten Sitzung bezügl. der Einreihung der Polizeiwachtmeister in die Gehaltsklassen wird klargestellt.** Stadtv. Direktor Müller (D. Vpt.) weist anschließend daraufhin, daß die Assistenten im Vergleich zu ihrer Stellung in anderen Städten schlechter gestellt sind und bittet, sie ebenfalls um eine Klasse höher zu rücken. Erster Bürgermeister Hertzog bemerkt dazu, daß das bei den hiesigen Verhältnissen untunlich sei. Lediglich Weißenfels sei anders verfahren. In Merseburg bekleideten die Assistenten keine selbständige Stellung. Im übrigen sei die Assistentenklasse nur eine Durchgangsklasse. Ein Eingehen auf die Anregung würde zu einer Neuaufrollung der gesamten Besoldungsordnung führen. Einen Ausweg sucht übrigens die Vorlage:

2. **Anrechnung von Kriegsdienstzeit für die Assistenten.** Stadtv. Krüger (M. S.) berichtet über die Vorlage und empfiehlt sie zur Annahme, die auch erfolgt.

3. **Berechnung der Nebenbezüge städtischer Beamter.** Wir berichteten bereits über die Vorlage, die in der vorgeschlagenen Form zur Annahme gelangt.

4. **Ortssatzung der Ruhegehalts- und Hinterbliebenenversorgung der städtischen Beamten.** Stadtv. Eichardt beantragt für Witwengeld die Höchstgrenze gemäß den staatlichen Grundsätzen auf 9000 Mark festzulegen. Die Vorlage wird mit diesem Antrag angenommen.

5. **Schaffung einer Magistratsassessorenstelle.** Berichterstatter Stadtv. Daniel betont, daß schon früher vorgeschlagen war, die Stelle des Vorsitzenden des Mieteinigungsamtes hauptamtlich zu besetzen. Ueber die Vorlage haben wir bereits eingehend berichtet. Der Berichterstatter begrüßt es, daß die Stelle im Wege des Privatdienstesvertrages besetzt worden ist, sodaß der Beamte im Nichtbewährungsfalle wieder entlassen werden kann. Stadtv. Mahlo wendet sich dagegen, daß ein weiterer Jurist in die Stadtverwaltung einzieht. Er hätte es begrüßt, wenn statt dessen ein Volkswirtschaftler gewählt wäre. Stadtv. Krüger pflichtet dem Vorredner im Prinzip bei, bemerkt aber, daß nun, nachdem Stadtrat Wölfel in die Materie der sozialen Fürsorge eingearbeitet ist, eine Umstellung nicht ratsam ist und deshalb jetzt ausnahmsweise die Anstellung eines Juristen empfohlen werden müsse. Erster Bürgermeister Hertzog betont, daß es mehr auf die Bewährung in der Praxis ankomme, als darauf, ob der Betreffende in der Hauptsache Nationalökonomie oder Jura studiert habe. Stadtrat Wölfel betont, daß die Vorwürfe, die gegen den Rechtsanwalt Erleke als Vorsitzenden des Mieteinigungsamtes aus Mieterkreisen erhoben werden, durchweg nicht genügend begründet seien. Wenn einzelne Fälle angeführt werden, sollen dieselben geprüft werden. Die Vorlage wird angenommen.

6. **Nachbewilligung von 10 000 Mk. für die Einrichtung der Schulbaracke der Volksschule 1.** Die Vorlage wird ohne Diskussion angenommen.

7. **Anerkennungsgebühren für Mastenaufstellung bei der Stromversorgung des Neumarktes.** Von verschiedenen Seiten wird die Verschiedenheit der Sätze gerügt. Stadtv. Schneider (U. S.) tadelt, daß gerade die Kirchenbehörde, die ein Interesse an der Stromversorgung haben sollte, die höchste Anerkennungsgebühr fordert. Stadtv. Boye gibt bekannt, daß von den Besitzern des Nachbargeländes weit höhere Forderungen gestellt worden seien. Erster Bürgermeister Hertzog schlägt vor, man solle den Antrag annehmen mit der Maßgabe, daß mit der Kirchengemeinde nochmals verhandelt werden soll, um zu versuchen, die Gebühr auf 5 Mk. herabzusetzen. Die Vorlage findet in dieser Form Annahme.

8. **Genehmigung der Hundesteuerordnung.** Wir haben die Vorlage bereits eingehend besprochen. Der Berichterstatter, Stadtv. Hesselbarth (U. S.), bringt nach Begründung der Vorlage, die ebenfalls von uns bereits erwähnte Eingabe hiesiger Hundebesitzer und Vereine zur Verlesung, welche 132 Unterschriften trägt, er weist auch darauf hin, daß unter den Unterzeichnern alle Stände vertreten sind. Seine Fraktion stimmt trotzdem der Magistratsvorlage zu. Stadtv. Daniel (U. S.) beantragt: Ziehhunde von der Steuer zu befreien. Erster Bürgermeister Hertzog weist darauf hin, daß die Bestrebungen der Tierschutzvereine dahin gehen, Hunde infolge des ungeeigneten Körperbaues nicht zu Zugzwecken zu benutzen. Stadtv. Heilmann beantragt gleichfalls, Zughunde, die zur Ausübung des Berufes notwendig sind zu befreien, und die Bestimmungen über Wachhunde nicht so engherzig zu fassen. Gegen die hohe Steuer wendet sich der Stadtv. Weidling, welcher befürchtet, daß infolge des starken Rückganges an Hunden, der Ertrag der Steuer sehr gering sein würde. Stadtv. Mahlo wendet sich ebenfalls gegen die engherzige Fassung des Begriffes Wachhunde. Erster Bürgermeister Hertzog betont, daß eine weitere Fassung dieses Begriffes die Steuer illusorisch machen würde. In der weiteren Diskussion sprechen sich noch die Stadtv. Krüger (M. S.) für und Borsdorff (Dn.) und Frauenheim (Dem.) gegen die Vorlage aus; letzterer ist der Ansicht, daß eine mäßige Erhöhung einen höheren Ertrag bringen dürfte als eine so starke Erhöhung. Der Magistratsantrag findet jedoch schließlich unverändert Annahme.

9. **Genehmigung des ersten Nachtrages zur Lustbarkeits- und Eintrittskartensteuerordnung.** (Wir haben über die Vorlage bereits eingehend berichtet.) Der Berichterstatter Stadtv. Rex (Dem.) empfiehlt die Vorlage zur Annahme. Stadtv. Schneider (U. S.) bemängelt, daß die Spiele der Fußballvereine nicht in gleichem Maße besteuert werden, wie Tanzvergnügungen usw. Erster Bürgermeister Hertzog betont, daß diese Veranstaltungen zur Hebung des Interesses am Sport steuerfrei gelassen worden sind. Eine Lustbarkeitssteuer darf darauf nicht erhoben werden. Eine Eintrittskartensteuer wird in Zukunft erhoben werden. Kirchenkonzerte, bei denen ein Erwerb der Veranstalter in Frage kommt, werden besteuert. Stadtv. Koenen (U. S.) wendet sich gegen die Steuer, da sie die Lustbarkeiten auf ein noch niedrigeres Niveau herabdrücke. Gegen diese Ausführungen wendet sich Erster Bürgermeister Hertzog. Ein gutes Konzert oder gutes Theater ist wesentlich billiger, als einen Abend zu tanzen. Das Niveau einer Tanzlustbarkeit kann durch eine Steuer nicht auf ein anderes Niveau gebracht werden. Daß das sogar auch für die Kinos zutrifft, beweise das Hallesche Beispiel. Frau Scharch (M. S.) spricht sich für die Vorlage aus. Der Magistratsantrag wird angenommen.

10. **Gebührenordnung für Inanspruchnahme des städtischen Eigentums am Straßengelände durch Schilder usw.** Wir haben über die Vorlage bereits berichtet. Der Berichterstatter Stadtv. Weidling (Dem.) wendet sich nach Verlesung der Begründung gegen dieselbe, da sie in der Hauptsache den ohnehin schwer belasteten gewerblichen Mittelstand treffe. Außerdem bezweifelt er das Recht des Magistrats für aufgelegte Schilder und Schaukästen die innerhalb der Eigentumsgrenze des Hauseigentümers liegen, Steuern zu erheben. Erster Bürgermeister Hertzog betont, daß diese Gebühr praktisch schon erhoben werde, jetzt aber in eine feste Form gegossen werde. Auf das Haus selbst gemalte Schilder werden nicht besteuert. Die finanzielle Lage der Stadt verlangt jede, auch die kleinste Einnahmequelle auszunutzen. Stadtv. Mahlo (Dem.) geht auf eine Aufforderung des Ersten Bürgermeisters Hertzog ein, einen anderen Weg zu zeigen. Er fordert von solchen Familien, die mehr als 1 Zimmer für den Kopf der Familie bewohnen, eine besondere Steuer zu erheben. Erster Bürgermeister Hertzog betont, daß Erwägungen über eine solche Steuer bereits schweben. Auch die Einführung einer Mietsteuer soll versucht werden. Stadtv. Schneider (U. S.) bemerkt, daß die Vorlage, abgesehen von den Bestimmungen für Pflanzenkübel, Fensterspiegel, verdiente abgelehnt zu werden. Er bringt eine Fenstersteuer in Vorschlag um die Inhaber großer Wohnungen zu treffen. Erster Bürgermeister Hertzog betont nochmals, daß man durch eine Ablehnung dem Magistrat eine bisherige Einnahme nehmen würde. Stadtv. Krüger (M. S.) beantragt, die Größe der abgabefreien Schilder etwas größer zu fassen, dagegen die Fahnenstangen mit zu erfassen. Stadtv. Frauenheim spricht sich für den Magistratsantrag aus. Stadtv. Eichardt (Dn.) betont, daß man jedes Mittel zur Balanzierung des Haushaltplanes heranziehen müßte und auf einzelne Interessentengruppen keine Rücksicht nehmen könne. Von diesem Gesichtspunkte aus müsse man auch einer Besteuerung großer Wohnungen, deren Teilung untunlich ist, das Wort reden. Stadtv. Koenen (U. S.) benutzt die Gelegenheit die Finanzpolitik des Reiches einer Kritik zu unterziehen. Man wolle die Hochfinanz schonen. Die städtischen Körperschaften sollten eine Kundgebung beschließen, nach welcher 1. gegen die Finanzpolitik des Reiches und Preußens protestiert wird, die den Gemeinden nicht einmal die notwendigsten Mittel läßt, und 2. verlangt wird, die immer noch großen Gewinne der großen Industrie-, Handels- und Verkehrsunternehmungen steuerlich restlos zu erfassen zur Behebung der Not der minderbemittelten Klassen. Zunächst gelangt der Magistratsantrag mit knapper Mehrheit zur Annahme mit der Maßgabe, daß Schilder bis zu einer Größe von 1000 Quadratzentimeter steuerfrei bleiben. Hierauf kommt der Antrag Koenen (U. S.) zur Besprechung. Erster Bürgermeister Hertzog schlägt vor, nur den ersten Teil der Entschließung zur Abstimmung zu bringen, da man über den zweiten Teil geteilter Meinung sein kann, und kein Recht habe, darüber zu bestimmen. Abg. Krüger bemerkt, daß die Kundgebung nur dann Eindruck machen kann, wenn sie der Städtetag einreicht. Stadtv. Eichardt schließt sich der Ansicht des Ersten Bürgermeisters Hertzog an, daß der zweite Teil der Entschließung über die Befugnisse der Stadtverordnetenversammlung hinausgehe. Stadtv. Wolff (U. S.) bemerkt dazu, daß eine Kritik ohne einen besseren Vorschlag zwecklos sei. Erster Bürgermeister Hertzog hält die ganze Aktion für zwecklos und tritt den politischen Anschauungen entgegen. Stadtv. Teller (Dem.) bemerkt, daß die Entschließung das Parteiprogramm der U. S. P. enthält und deshalb von den bürgerlichen Fraktionen nicht angenommen werden könne. Abg. Döbber erklärt, daß die Annahme des Friedensvertrages und damit die U. S. P. an diesen Verhältnissen schuldig sei. Weitere politische Debatten knüpfen sich an diese Ausführungen. Erster Bürgermeister Hertzog stellt schließlich fest, daß es sich nicht um die Finanzen der Stadt, sondern um eine politische Demonstration handelt. Der Antrag Koenen (U. S.) wird mit der von dem Abg. Krüger vorgeschlagenen Maßgabe, ihn dem Städtetage zu übermitteln, angenommen, da infolge der vorgeschrittenen Stunde eine Anzahl Stadtv. der bürgerlichen Fraktionen nicht mehr anwesend ist.

11. **Gewährleistung an die Post für die Aufrechterhaltung des Nachttelephondienstes der Stadt.** Es muß ein Aufkommen in Höhe von 2480 Mark gewährleistet werden, nach den Angaben des Stadtv. Postsekretärs Teller kommt eine Belastung der Stadt mit zirka 1500 Mark eventuell in Frage. Die Industrie hat sich nur zum geringen Teil bereit erklärt, ein bestimmtes Aufkommen zu gewährleisten. Nach kurzer Diskussion wird die Vorlage angenommen.

12. **Dienstwohnung für den Direktor des Elektrizitätswerkes Boye und den Rohrmeister am Wasserwerk Lowitzsch.** Die bisherige Wohnung des Ersten Bürgermeisters, die demnächst frei wird, soll dem Direktor des Elektrizitätswerks Boye als Dienstwohnung angewiesen werden, da sie in unmittelbarer Nähe des Elektrizitätswerkes liegt. Seine bisherige Wohnung im Erdgeschoß des städtischen Hauses Bahnhofstraße 8 wird dem Rohrmeister des Gas- und Wasserwerkes als Dienstwohnung überwiesen. Für diese Dienstwohnungen gelten die Bestimmungen der neuen Besoldungsordnung wegen der Anrechnung auf die übrigen Gebührnisse. Die Vorlage wird angenommen.

Eine Anfrage des Stadtv. Rex stellt fest, daß der Gaspreis in Merseburg z. Zt 1,68 Mark beträgt gegenüber einem solchen z. B. in Weißenfels von 74 bis 76 Pfg. und bittet für eine Herabsetzung zu sorgen. Anschließend stellt Stadtv. Teller fest, daß der Strompreis von 3,30 Mark in Merseburg einem solchen von 1,80 bis höchstens 2,50 an anderen Orten gegenübersteht. Stadtbaurat Zollinger stellt eine Prüfung dieser Fragen in Aussicht. Stadtv. Boye bemerkt dazu in seiner Eigenschaft als Direktor des Städt. Elektrizitätswerkes, daß eine Herabsetzung der Gas- und Strompreise wohl möglich sei, wenn man auf die Ueberschüsse für die Kämmereikasse ganz oder zum Teil verzichte, dann würde die Allgemeinheit diese Lasten in Form von Steuern tragen.

Stadtv. Krüger tadelt in einer Anfrage die Geschäftsgebahren des Magistrats, der ½ Pfund Einmachezucker nur in Verbindung mit einem Pfund Bohnen abgebe, seiner Ansicht nach handelt es sich um Zucker, der den Konsumenten vorenthalten worden ist. Stadtrat Langer sowie Erster Bürgermeister Hertzog betonen demgegenüber, daß der Konsumentenschaft kein Zucker abgezogen werden könne, es handle sich um Ersparnisse von den äußerst geringen Reserven sowie dem Gewerbezucker. Zucker und Bohnen zusammen sind wesentlich billiger als der „Auslandszucker“ ohne Marken. Die Bohnen gibt der Magistrat wesentlich unter dem Einkaufspreis ab. Stadtv. Direktor Müller bemängelt die Beschaffenheit der von der Stadt gelieferten Lebensmittel. Anschließend findet noch eine geheime Sitzung statt.

Aus Kreis und Nachbarkreisen

Missionsfest.

** Atzendorf, 29. Juni. Am Sonntag fand hier die Feier des Missionsfestes der Ephorie Merseburg—Land statt. Nachdem schon am Vormittag die sämtlichen Kinder des Kirchspiels neben zahlreichen Erwachsenen in Geusa zu einem Kindermissionsgottesdienst unter dem Missionar Heil versammelt wurden, brachte der Nachmittag die Hauptfeier in Atzendorf, wo in dem schönen, mit frischem Grün geschmückten Kirchlein Pfarrer Barthold-Kötzschen die Festpredigt über 2. Cor. 14, 9—11 hielt. Der überaus zahlreich auch von auswärtigen Gästen besuchte Gottesdienst wurde erweitert durch Gesang des gemischten Chors unter Leitung des Kantors Eiermann, der die Motette (27. Psalm, vertont vom Ortspfarrer) mit dem Jungfrauenverein und jungen Männern des Ortes entsprechend darbot; dazu wurde die Begleitung der Choräle durch den Posaunenchor des Jünglingsvereins kräfttig unterstützt. Nach kurzer Einkehr der Gäste bei freundlichen Ortseinwohnern und im Gasthause fand dort die Nachversammlung statt. Auch hier reichte der große Saal, der von jungen Burschen mit frischem blühenden Lindengrün ausgeschmückt war, kaum für die Menge der Besucher aus. Nach kurzer, herzlicher Begrüßung durch den Ortspfarrer ergriff Missionar Heil das Wort, das aus den reichen Erfahrungen seines Missionslebens in Deutsch-Ostafrika berichtete. In schlichter, fesselnder Rede zeichnete er Missionsbilder erquickender und herzbewegender Art, von Arbeit und Mühe, Kriegsnot und Gefangenschaft, Tapferkeit und Christentreue seiner schwarzen Deutschen. Die Zwischengesänge wurden auch hier von dem Posaunenchor begleitet. Im Schlußwort sprach Superint. Uhle, Niederbeuna noch herzliche Worte des Dankes besonders dem schwergeprüften Missionar und dem Festprediger aus, aber auch der Gemeinde Atzendorf, der es gegeben sei, auch in schwerer Zeit solch schöne Feier zu einem rechten Gemeindefest auszugestalten. Dementsprechend ergab auch der Kollektenertrag die ansehnliche Höhe von über 266 Mk., die sofort der Mission zur Verfügung gestellt wurden.

Ausfall einer Obstverpachtung.

** Schkopau, 29. Juni. Die in der Nummer vom 26. Juni angekündigte Versteigerung des Hartobstanhanges der Rittergüter Schkopau und Collenbey am 1. Juli im Gasthaus „Zum Raben“ in Schkopau findet nicht statt.

Einweihung eines Kriegergedenksteins.

** Daspig, 29. Juni. Am Sonntag, den 27. Juni d. J. fand in Daspig, unter reger Beteiligung der Bevölkerung der ganzen Umgegend, die Einweihung des Kriegergedenksteins für die Teilnehmer am Weltkriege und der in ihm Gefallenen statt. Es hatten sich zur Feier in corpore eingefunden, der Landwehrverein Leuna-Rössen-Göhlitzsch-Daspig, Verein Einigkeit Daspig und Umgegend. Der Festzug setzte sich von der Gastwirtschaft Schröter zum Denkmal um ½2 Uhr in Bewegung. Die Teilnehmer nahmen im Dreieck um das Denkmal herum Aufstellung. Nach einem musikalischen Vortrag der Kapelle Hartung in Spergau, eine feste Burg ist unser Gott, sprach Frl. Else Schröter aus Daspig einen hübschen Prolog, worauf von der Daspiger heranwachsenden Jugend, unter der Leitung des Herrn Lehrers Schmeißer-Cröllwitz das Lied vorgetragen wurde „Ueber den Sternen“. Hierauf hielt Herr Pastor Reinstein die Festrede. Er dachte mit warmen Worten aller derer, die draußen im Feuer standen und auch derer, die sonst ihre Dienste dem Vaterlande zur Verfügung stellten, insbesondere aber der drei im Weltkrieg Gefallenen der kleinen Gemeinde. Hierauf sprach der stellvertretende Amtsvorsteher und Zweckverbandsvorsitzende Herr Cornely einige Worte, die dem Geiste der Versöhnung galten, der durch das Denkmal versinnbildlicht werde, Versöhnung zwischen alter und neuer Zeit, Versöhnung zwischen Landwirtschaft und Industrie, Versöhnung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Die Musik spielte hierauf „Wie sie so sanft ruhen“, worauf Herr Pastor Reinstein feierlich das Denkmal der Gemeinde übergab. Herr Gemeindevorsteher Trautmann übernahm das Denkmal in die Obhut der Gemeinde und legte für sie einen Kranz nieder. Kranzniederlegungen erfolgten hierauf noch vom Verein Einigkeit, vom Landwehrverein Leuna-Rössen-Göhlitzsch-Daspig, von der Jugend zu Daspig und von den Angehörigen der Gefallenen. Mit einem weiteren Gesangsvortrage und einem Musikstück schloß die wirkungsvolle Feier. Das Denkmal, ein rohgehauener Granitblock, mit eingehauener Schrift und aufgesetztem eisernen Kreuz schmiegt sich in einer hübschen Anlage unmittelbar an den Friedhof in Daspig an und wird ein dauerndes Zeichen deutscher Treue und deutscher Tapferkeit sein.

Eingemeindung.

** Keuschberg-Dürrenberg, 29. Juni. In der am Sonnabend im „Kronprinzen“ abgehaltenen von Herrn Gemeindevorsteher Dießner-Porbitz geleiteten Sitzung betr. Eingemeindung der Zweckverbandsgemeinden in eine Stadtgemeinde wurde nach längeren Ausführungen mehrerer Redner die Notwendigkeit dieser Maßnahmen betont. Da die Gemeinden Ostrau-Lennewitz und Balditz erst genaue Unterlagen wissen wollten, wurde zum Schluß beschlossen, in jeder Gemeinde eine Kommission zu wählen, die die Vorarbeiten einleiten soll, um einer späteren Versammlung die nötigen Aufklärungen zu geben. Die Gemeinde Fährendorf hatte abgelehnt und war nicht vertreten.

Plünderung einer Obstplantage.

** Hettstedt, 29. Juni. Am Freitag wurde eine in Mansfelder Flur in der Nähe des Schlosses gelegene Kirschbude von einer Menge, die aus Leimbach, Klostermansfeld und Mansfeld dort zusammenkam, gestürmt. Die Polizei war machtlos. Es wurden auch die noch ungepflückten Bäume geplündert. Auf manchen Bäumen saß ein halbes Dutzend dieser „freiwilligen“ Kirschpflücker. Der Oebster und seine Leute mußten die Flucht ergreifen.

Turnen, Spiel und Sport

Schwimmsport. — Kreiswasserballspiele. — Gau 6 Merseburg (Schwimmverein Zeitz) — Gau Leipzig (Neuer Leipziger Schwimmverein) in Zeitz am Montag Abend. — Das Spiel endete wie voraus gesagt mit einem überlegenen Siege Leipzigs von 7 : 1. Der Spielverlauf war kurz folgender: Leipzig spielt zuerst mit dem Strom, spielt eine gute Kombination. Zeitz ist jedoch auf der Hut und greift ab und zu gut an bis in der dritten Minute Leipzig aus nächster Nähe das erste Tor erringt. Zeitz läßt sich nicht beeinflussen und greift forsch an. Leider versagt die Sicherheit am Ball sowie das schnelle Handeln mit dem Ball so daß viele gute Chancen für Zeitz verloren gingen. In kurzem Abstande von einer Minute erreicht Leipzig noch zwei Tore, so daß das Spiel bei Halbzeit 3 : 0 für Leipzig steht. Nach 3 Minuten Pause spielt Zeitz mit Strom. Es zeigt sich sofort eine starke Schärfe im Spiel, die der aufmerksame Schiedsrichter Direktor Altstädt-Merseburg sofort abstellt. Zeitz ist wieder im Angriff kann jedoch nichts erreichen. Kurz hintereinander erreicht Leipzig noch zwei Tore dem Zeitz durch einen prächtigen Langschuß Sedelmeyers in die linke Torecke das Ehrentor entgegen zu stellen vermag. Nach weiteren kurz hintereinander folgenden Toren für Leipzig, wobei Zeitz nur noch für die Verteidigung in Frage kam, ist das Spiel zu Ende. Damit hat Leipzig zwei wertvolle Punkte für die Kreismeisterschaft des Kreises 7 (Sachsen) errungen und Zeitz als jüngster Verein im Kreis gutes Können gezeigt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919200630-15/fragment/page=0006

Amtliche Anzeigen

für den Kreis Merseburg.

Erscheint Mittwochs und Sonnabends. — Zu beziehen durch sämtliche Postanstalten zum Preise von 2.40 Mk. vierteljährlich oder 80 Pfg. monatlich.

Stück 46. Merseburg, 30. Juni 1920.

305 **Wochenfettmenge.**

In der Woche vom 27. Juni bis 3. Juli 1920 kommen für Merseburg—Land folgende Fettmengen zur Verteilung:

Auf gewöhnliche Fettmarken
100 Gramm
Auf Zusatzfettmarken
50 Gramm

Merseburg, den 25. Juni 1920.

Der kommissarische Landrat.
J. V.: Kürsten, Kreissekretär.

306 **Verhütung von Eisenbahnunfällen.**

In letzter Zeit haben sich die Unfälle durch Ueberfahren von Fuhrwerken auf Ueberwegen wieder erheblich vermehrt.

Anstatt worden Ueberweg in angemessener Entfernung angemessener Entfernung an der Haltetafel vorschriftsmäßig zu halten, treiben die Fuhrwerkslenker bei Sichtung eines Zuges vielfach ohne ausreichend und zutreffende Schätzung der Geschwindigkeit des Zuges ihr in Fahrt befindliches Fuhrwerk zu größerer Geschwindigkeit an und versuchen über die Wegekreuzung in scharfer Gangart hinüber zu gelangen. Sie beachten nicht, daß noch im letzten Augenblick Behinderungen durch den Zustand des Weges wie auch durch Erschrecken und Scheuen der Pferde vor der arbeitenden und laut läutenden Lokomotive, leicht und unerwartet eintreten können.

Gerade auf diese Fehler muß eine Reihe bedauerlicher Unfälle zurückgeführt werden.

Ich mache daher den Geschirrführern die größte Vorsicht zur Pflicht und weise darauf hin, daß sie bei unachtsamen Passieren der Wegeübergänge nicht nur ihr eigenes Leben gefährden sondern sich auch einer erheblichen Bestrafung aussetzen.

Die Polizeibehörden ersuche ich, gegen Fälle dieser Art nachdrücklichst einzuschreiten und die erfolgten Bestrafungen zur öffentlichen Kenntnis zu bringen.

Merseburg, den 7. Juni 1920.

Der kommissarische Landrat.
J. V.: Kürsten, Kreissekretär.

307 **Notstandsschuhwerk.**

Dem Kommunalverband, stehen neu eingetroffene
90 Paar Damenhalbschuhe,
von starkem Leder, zum Preise von 60 ℳ für das Paar, zur Verfügung.

Die Ortsbehörden ersuche ich, dieses in ortsüblicher Weise bekannt zu geben und die Anträge auf Zuteilung der Ware hierhin einzureichen.

Merseburg, den 23. Juni 1920.

Der kommissarische Landrat.
J. V.: Dr. v. Goßler.

(308) **Textilnotstandsversorgung.**

„Hilfsbund Mein Deutschland" in Berlin ist zur Zeit in der Lage, aus meistens altem, angeblich aber gut und frisch hergerichteten Material, freihleibend so lange der Vorrat reicht, zu liefern:

Matrosenanzüge für Knaben von 8—14 Jahren Mk. 45,50; 52,50, 60,—, (guter Drellwaschstoff weiß-blau gestreift),
Mädchenschürzen für Mädchen von 5—12 Jahren Mk. 6,25 7,50; 8.75; 10,—;
Mädchenhosen für Mädchen von 3—12 Jahren Mk. 7,50; 9,—; 10,50; 12,75;
Knabennesselhemden für Knaben von 8—10 Jahren 8,50
Knabennesselunterhosen für Knaben v. 10—14 Jahren Mk. 12,—
Wetterkragen m. Kapuze für Kinder v. 3—17 Jahren Mk. 27,50; 33,—; 44,—;
Mäntelchen für Kinder von 3—5 Jahren Mk. 30,—.
Tricotoberhosen (reine Wolle) für Knaben von 3—4 Jahren Mk. 17,50;
Unterleibchen für Mädchen v. 3—12 Jahren Mk. 10,—; 12,—;
Wollene Strickjacken, alt Mk. 20,—,
Wolldecken, zusammengesetzt, aus 9 Teilen Mk. 30,—;
Mädchenhemden für Mädchen von 3—10 Jahren Mk. 6,—; 7,50; 8,50;

Falls Kleinhändler dieses Angebot anzunehmen bereit sind, stelle ich Mitteilung anheim.

Merseburg, den 21. Juni 1920.

Der kommissarische Landrat.
J. V. Dr. v. Goßler.

309 **Textil-Notstandsversorgung.**

Der Kommissar des Reichswirtschaftsministeriums für Textilnotstandsversorgung hat am 21. Mai 1920 neue Richtlinien und Lieferungsbedingungen der Textil-Notstandsversorgung zum Bezuge von Textilwaren für die in Kleidungsnot befindliche Bevölkerung erlassen.

Auf Grund dieses Erlasses wird hiermit für den Bereich des Kommunalverbandes (Kreises) Merseburg in teilweiser Abänderung meiner Bekanntmachung vom 1. Februar 1920, veröffentlicht in Stück 10 des amtlichen Anzeigers, folgendes angeordnet:

I. Gewähr für Lieferung und Beschaffenheit der Waren.

Eine Gewähr für die Beschaffenheit der gelieferten Waren übernimmt die T. N. V. nur insoweit, als ihr selbst ihren Lieferanten gegenüber entsprechende Ansprüche zustehen; sie sorgt nach Kräften dafür, daß gute und zweckmäßige Ware geliefert wird; die Textilnot zwingt aber dazu, auch Waren minderer Beschaffenheit mit zu verteilen. Die Empfänger von Waren haben deshalb kein Recht zur Hängelrüge. Soweit es möglich ist, werden Musterstücke, die einen ungefähren Anhalt für den Ausfall der Ware geben, bereitgestellt. Dies geschieht unter den ausdrücklichen Vorbehalt, daß völlig mustergetreue Lieferung niemals garantiert werden kann, und daß die Besteller auf Antragsannullierung wegen Abweichungen in Bezug auf Beschaffenheit, Farbe, Form, Breite, Dessin usw. von vornherein verzichten müssen.

Eine Lieferungspflicht der T. N. V. besteht nicht. Da die Bedarfsdeckung auf unsicheren Grundlagen ruht, bleibt vorbehalten, auch bereits zugeteilten Mengen nicht oder nur teilweise zu liefern, falls die T. N. V. nicht oder nicht in genügendem Umfange in der Lage ist, die Waren in der zugesicherten Menge, Beschaffenheit oder Preislage zu beschaffen.

II. Bezug der Waren.

Das Reichskleiderlager in Halle a/S. ist auf Wunsch der Kleinhändler bereit, ihnen die Ware auf ihre Rechnung und Gefahr nach ihren näheren Versandanweisungen zuzusenden. Die dadurch entstehenden Unkosten kann das Reichskleiderlager den Abnehmern besonders in Rechnung stellen.

Die gelieferten Waren sind während des Abtransportes vom Reichskleiderlager bis zur Uebergabe an den Abnehmer versichert.

III. Mitwirkung der Kleinhändler beim Verkauf der Ware.

An alle Notstandswaren sind vom Kleinhändler Stückzettel mit der Aufschrift „Kommunalware" und ferner die

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919200630-15/fragment/page=0007

Werk [illegible] und solange daran zu belassen, bis sie an die Verbraucher verkauft werden. Für Strümpfe besteht keine Verpflichtung, an jedem einzelnen Paare ist die Aufschrift „Kommunalware" anzubringen, jedoch müssen die von der T. N. V. gelieferten Strümpfe abseits von anderen Strümpfen gehalten werden, durch sichtbare Aufschrift an der betreffenden Lagerstelle als „Kommunalware" gekennzeichnet und mit Preistafeln für alle Größen versehen sein. Das gleiche gilt, wenn solche Strümpfe in den Fenstern ausgelegt werden.

Beim Verkaufe an die Verbraucher dürfen die Kleinhändler außer dem vom Reichskleiderlager berechneten Preise und den ihnen vom Reichskleiderlager in Rechnung gestellten anteiligen Verpackungs- und Transportkosten höchstens einen Zuschlag von 26 v. H. einschließlich Umsatzsteuer vom Einkaufspreise berechnen. Das Gleiche gilt für die Mitglieder der Schneiderinnungen hinsichtlich der von ihnen verarbeiteten Stoffe. Eine besondere Berechnung der Fracht- und Transportspesen vom Reichskleiderlager zum Kleinhändler ist nicht zulässig.

IV. Betriebsversorgung.

1. Versorgungsberechtigte Personen.

Versorgungsberechtigt sind nur Arbeiter und Arbeiterinnen in lebenswichtigen Betrieben, die vermöge der Art des Betriebes einer besonderen Berufskleidung bedürfen. Daneben wird in geeigneten Fällen dem Betriebsunternehmer Unterkunftsbedarf zur Ausstattung von Unterkunftsräumen für im Betriebe tätige Arbeiter und Arbeiterinnen geliefert.

2. Beschaffenheit der Waren.

An Kleidungsstücken werden in der Regel nur solche geliefert, die aus freigewordenen Heerestextilien, in besonders aus getragenen Uniformstücken angefertigt worden sind, und zwar:

Tuchhosen,	Hemden
Tuchjacken,	Unterhosen
Drillichanzüge,	Frauenoberkleider aus Leinen
Leinenanzüge (sogenannte Monteuranzüge),	Frauenmäntel aus Deckenstoff
Joppen aus Deckenstoff,	Arbeitsschürzen
Mäntel,	Strümpfe
Unterjacken,	

An Unterjacken kommen nur Mannschaftsdecken und Bettwäsche in Frage.

3. Bedarfsanmeldung und Lieferungsverfahren.

Die Anträge auf Lieferung von Kleidungsstücken und Unterkunftsbedarf sind an die Abteilung II der T. N. V. zu richten. Sie haben auf vorgeschriebenen Vordrucken zu erfolgen, die auf Wunsch den Betriebsunternehmern zugestellt werden. Die Richtigkeit der Angaben sowie die Dringlichkeit des Bedarfs ist auf dem Vordrucke durch die Gewerbeaufsichts- bezw. Bergrevierbeamten zu bestätigen.

Die Anträge sind von den Betriebsunternehmern, für deren Arbeiter die Textilien bestimmt sind, zu stellen, soweit nicht einzelne Berufsgruppen in einem abweichenden Verfahren versorgt werden. (Landwirtschaft, Eisenbahn, Post, Fischerei.) Insbesondere erfolgt die Versorgung der in der Landwirtschaft tätigen Bevölkerung durch Vermittlung des

a) Reichsverbandes der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften,
b) Wirtschaftsverbandes der Raiffeisenschen Warenanstalten,
c) Zentralverbandes der Bauernvereins-Organisationen Deutschlands

und der ihnen angeschlossenen Unterorganisationen. Anträge auf Belieferung sind daher an diese Stellen zu richten. Jede Belieferung von Zwischenhändlern oder sonstigen Zwischenstellen (Berufsvereine) ist ausgeschlossen.

4. Pflichten der Betriebsunternehmer.

a) Der Betriebsunternehmer darf die ihm gelieferten Textilien nur an die Lohnarbeiter seines Betriebes, für die die Waren bestimmt sind, abgegeben.
b) Bei der Verteilung der Ware unter die Arbeiter soll der Betriebsrat gehört werden.
c) Die Textilien sind unmittelbar an die Arbeiter abzugeben, und zwar zum Einstandspreise zuzüglich der für Verpackung, Fracht und Versicherung aufgewandten Unkosten.
d) Der Betriebsunternehmer ist verpflichtet, den Kommunalverbänden, in denen die mit Textilien bedachten Arbeiter wohnen, Mitteilung von der Belieferung zu machen.
e) Auf die landwirtschaftlichen Organisationen finden die Bestimmungen unter a) bis d) sinngemäße Anwendung.

V. Anstaltsversorgung.

1. Versorgungsberechtigte Anstalten.

Versorgungsberechtigt sind sämtliche Krankenanstalten, sowohl öffentliche wie private und sonstige Fürsorgeanstalten und soziale Einrichtungen, wie Waisenhäuser, Fürsorgeerziehungsanstalten, Armenanstalten, Asyle, Kinderhorte, Säuglingskrippen und dergleichen. Mit Rücksicht auf die große Knappheit der vorhandenen Textilwarenbestände wurden ine dessen private Krankenanstalten und Sanatorien an den freien Handel erwiesen, soweit sie nicht nachweisbar überwiegend minderbemittelte, insbesonders Krankenkassen-Patente, aufnehmen.

Die in den Anstalten tätigen Schwestern und Diakone werden, soweit dies nicht von den Anstalten selber geschieht, durch Verbände versorgt, denen die T. N. V. größere Gesamtmengen zur Verfügung stellt. Es kommen hierbei in Betracht: Das Zentralkomitee des Roten Kreuzes, der Hauptvorstand des Vaterländischen Frauenvereins, des Kaiserswerther Verband, der Evangelische Diakonie-Verein Bethel, die Webstoff-Verkaufs-Gesellschaft m. b. H. für die kath. Ordensgenossenschaften und die Großloge für Deutschland 8 U. O. B. B. E. B. Die Belieferung der preußischen Strafanstalten erfolgt durch Vermittelung der preußischen Justizverwaltung der zu diesem Zwecke jeweils größere Mengen zur Verfügung gestellt werden.

2. Beschaffenheit der Waren.

Da die von der Heeresverwaltung aus Lazarettbeständen und militärischen Beständen überwiesenen Fertigwaren in sich täglich verringendem Maße erfaßt werden, ist die T. N. V. genötigt, in entsprechend steigenden Maße den Anstalten usw. statt Fertigware Meterware anzubieten. Um die nötige Freiheit in der Belieferung zu haben, werden deshalb die Lieferungsanweisungen in der Regel wahlweise auf Fertigware oder Meterware ausgestellt, soweit die Anstalten nicht ausdrücklich nur Fertigware wünschen. Im übrigen wird Fertigware, soweit es sich nicht um ausgesprochene Lazarettgegenstände handelt (Operationsmäntel, Krankenkleider und dergl.,) in der Hauptsache nur an solche Anstalten geliefert, die nach der Art der Insassen eher mit weniger gut erhaltener, geflickter oder zusammengesetzter Ware auskommen können. Es sind dies besonders Strafanstalten, Fürsorgeerziehungsanstalten, Herbergen und dergl.

3. Bedarfsanmeldung und Lieferungsverfahren.

Die Bedarfsanmeldungen erfolgen auf vorgeschriebenen Vordrucken, die von den Antragstellern durch die Buchdruckerei J. S. Preuß. Berlin S. 14, Dresdener Straße 43, zu beziehen sind.

Die Notwendigkeit der in den Bedarfsanmeldungen beantragten Anschaffungen ist, soweit es sich um Krankenanstalten handelt, durch den zuständigen Kreisarzt zu bescheinigen, im übrigen durch den Magistrat, den Landrat den Regierungspräsidenten oder das zuständige Ministerium.

Auf den Bedarfsanmeldungen sind die Anzahl der Insassen der Anstalt und die vorhandenen Bestände anzugeben, damit eine genaue Prüfung der Angemessenheit der Anforderungen möglich ist.

Die eingegangenen Bedarfsanmeldungen werden von der T. N. V. daraufhin geprüft, ob die beantragten Gegenstände lieferbar sind, und ob die beantragten Mengen nach Maßgabe der vorhandenen Bestände bewilligt werden können. Ueber die so festgesetzten Mengen und Gegenstände erhalten die Antragsteller schriftliche Mitteilung.

4. Pflichten der bezugsberechtigten Anstalten.

Die Anstalten sind zur genauen Ausfüllung der Bedarfsanmeldungen verpflichtet, insbesondere zur wahrheitsgemäßen Angabe der Anzahl der Insassen und der vorhandenen Bestände.

Die gelieferten Waren dürfen nur von den Anstalten und sonstigen versorgungsberechtigten Empfängern zu den dafür bestimmten Zwecken verwendet und nicht an Dritte veräußert werden. Zuwiderhandlungen haben die Einstellung der Belieferung zur Folge.

Im übrigen verbleibt es bei meinen Anordnungen vom 1. Februar 1920.

Die Magistrate, Gemeinde- und Gutsvorsteher weise ich nochmals ausdrücklich darauf hin, daß die Anträge auf Zuteilung von Notstandswaren von ihnen dem Kommunalverband zu übersenden, nicht von den Antragstellern persönlich zu überreichen sind.

Merseburg, den 14. Juni 1920.

Der kommissarische Landrat.
J. V.: Kürsten, Kreissekretär.

---

810 **Viehseuchenpolizeiliche Anordnung.**

Zum Schutze gegen die in dem Viehbestande des Schuhmachermeisters Hermann Klei in Bischdorf ausgebrochene Maul- und Klauenseuche wird auf Grund des § 18 ff des Viehseuchengesetzes vom 26. Juni 1909 (R. G. Bl. S. 519) mit Ermächtigung des Herrn Ministers bestimmt, daß das Gehöft des Hermann Klei in Bischdorf einen Sperrbezirk bildet.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919200630-15/fragment/page=0008

Ferner treten die §§ 2 bis 6 meiner Viehseuchenpolizeilichen Anordnung vom 31. v. Mts. (Amtlicher Anzeiger Stck. 39 Nr. 267) in Kraft.

Merseburg, den 25. Juni 1920.

Der kommissarische Landrat.
J. V.: Kürsten, Kreissekretär.

---

311 **Viehseuchenpolizeiliche Anordnung.**

Zum Schutze gegen die in dem Viehbestande des Rittergutspächters Haase in Kleinliebenau ausgebrochene Maul- und Klauenseuche wird auf Grund des § 18 ff des Viehseuchengesetzes vom 26. Juni 1909 (R. G. Bl. S. 519) mit Ermächtigung des Herrn Ministers bestimmt, daß das Rittergut Kleinliebenau einen Sperrbezirk bildet.

Ferner treten die §§ 2 bis 6 meiner viehseuchenpolizeilichen Anordnung vom 31. v. Mts. (Amtlicher Anzeiger Stck. 39 Nr. 267) in Kraft.

Merseburg, den 25. Juni 1920.

Der kommissarische Landrat.
J. V.: Kürsten, Kreissekretär.

---

312 **Viehseuchenpolizeiliche Anordnung.**

Zum Schutze gegen die in dem Gehöft 17 in Schlettau untergebrachten Viehbestände des Amtsrats von Zimmermann in Beukendorf ausgebrochene Maul- und Klauenseuche wird auf Grund des § 18 ff des Viehseuchengesetzes vom 26. Juni 1909 (R. G. Bl. S. 519) mit Ermächtigung des Herrn Ministers bestimmt, daß das Gehöft Nr. 17 in Schlettau einen Sperrbezirk bildet.

Ferner treten die §§ 2 bis 6 meiner viehseuchenpolizeilichen Anordnung vom 31 v. Mts. (Amtlicher Anzeiger Stck. 39 Nr. 267) in Kraft.

Merseburg, den 25. Juni 1920.

Der kommissarische Landrat.
J. V.: gez. Kürsten.

---

313 **Eisenfässer für Benzol und Benzin.**

Die Ostdeutsche Betriebsstoff-Gesellschaft m. b. H. in Königsberg i/Pr. hat noch eine Anzahl gebrauchte aber gut erhaltene Eisenfässer in den Größen von 200, 300, 400 und 500 Liter Inhalt zur Lagerung von Benzol und Benzin abzugeben. Es liegt im Interesse einer rechtzeitigen Versorgung mit Betriebsstoffen, wenn sich die einzelnen Landwirte die nötigen Eisenfässer selbst beschaffen. Interessenten werden deshalb um Mitteilung bis spätestens 5. Juli 1920 gebeten, wieviel Fässer und welche Größen gewünscht werden. Ich werde alsdann die obengenannte Gesellschaft um Preisangebot ersuchen und die Preise den Bestellern zur Entscheidung, ob die Bestellung aufrecht erhalten wird, mitteilen.

Merseburg, den 22. Juni 1920.

Der kommissarische Landrat.
J. V.: Dr. Goßler.

---

314 **Viehseuchenpolizeiliche Anordnung.**

Zum Schutze gegen die in den Viehbeständen
des Gutsbesitzers Karl Fritsche in Niederwünsch
„ Friedrich Warnicke in Knapendorf Nr. 1
„ Gustav Kahle in Bündorf Nr 1 und
„ Arbeiters Winkelmann in Bischdorf

ausgebrochene Maul- und Klauenseuche wird auf Grund des § 18 ff des Viehseuchengesetzes vom 26. Juni 1909 (R.-G.-Bl. S. 519) mit Ermächtigung des Herrn Ministers bestimmt, daß das Gutsgehöft des Gutsbesitzers Fritsche in Niederwünsch
„ Gehöft Nr. 1 in Knapendorf
„ Gehöft Nr 1 in Bündorf und
„ Gehöft des Arbeiters Winkelmann in Bischdorf

je einen Sperrbezirk bilden.

Ferner haben die §§ 2 bis 6 meiner Viehseuchenpolizeilichen Anordnung vom 31. v. Mts. (Amtl. Anzeiger Stück 39 Nr. 267) in Kraft.

Merseburg, den 28. Juni 1920.

Der kommissarische Landrat.
J. V.: Kürsten, Kreissekretär.

---

315 **Gebührenordnung**
für die Tätigkeit der Schornsteinfegermeister im Kreise Merseburg.

1. Für die einmalige Reinigung eines russischen Schornsteins für das 1. Geschoß 0,90 ℳ und für jedes weitere Geschoß 0,30 ℳ mehr.

2. Für die einmalige Reinigung eines deutschen Schornsteins sind die doppelten Gebührensätze wie für einen russischen Schornstein zu zahlen.

3. Kamine- oder Nebenschlüuche sind den Schornsteinen gleich zu erachten und sind, sofern sie russisch (unsteigbar) mit 0,90 ℳ für die ersten 4 Meter und mit 0,45 ℳ für jede weiteren 4 Meter für eine Reinigung zu bezahlen: Sind sie deutsch (besteigbar), so sind die doppelten Säge zu entrichten.

4. Für das Ausbrennen eines russischen Schornsteins zwecks Entfernung des Glanz- und Hartrußes sind 9,— ℳ zu entrichten. Das zum Ausbrennen erforderliche Material hat der betreffende Hausbesitzer zu liefern.

5. Für die Reinigung einer Räucherkammer sind pro Stunde Arbeitszeit 4,— ℳ zu entrichten.

6. Für die Berechnung der Taxgebühren ist die Höhe jedes einzelnen Schornsteines von seiner Sohle bis zum Kopfe nach Maßgabe der durchlaufenden Geschosse in Betracht zu ziehen.

7. Dächer über 4 m Höhe oder Schornsteine, die mehr als 4 m über Dach geführt sind, zählen für jede angefangenen 4 m als Geschoß.

8. Für Schornsteine gewöhnlicher gewerblicher Anlagen und für Zentralheizungen sowie für Arbeiten während der Nachtzeit und solche die auf besondere Bestellung ausgeführt werden, sind die Gebührensätze wie für besteigbare s. g. deutsche Schornsteine zu entrichten.

9. Für Teilnehmer an der Feuerstellen-Revision sind pro Stunde 3,— ℳ und Wegegelder pro Klm. mit 0,60 ℳ aus der Gemeinde-, oder Amtskasse zu zahlen.

10. Für Nachprüfung der Schornsteine bei der Abnahme von Neubauten sind für jedes Schornsteinrohr vom Hauseigentümer 1,— ℳ zu entrichten. Die Reinigung der Schornsteine von Bauschutt ist besonders zu bezahlen. Die viermalige Reinigungsfrist bleibt bestehen.

Diese Gebühr tritt mit dem Tage ihrer Veröffentlichkeit in Kraft.

Merseburg, den 30. Juni 1920.

Der kommissarische Landrat.
J. V.: Kürsten, Kreissekretär.

---

316 **Ernteschätzung 1920.**

Auf Grund der Verordnung des Herrn Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft vom 7. Juni 1920 — R.-G.-Bl. S. 1129 — ist über den voraussichtlichen Ertrag der Getreide- und Kartoffelflächen eine Ernteschätzung durch kommunale Ausschüsse vorzunehmen. Bei der großen Bedeutung der Angelegenheit wird allen Beteiligten zur Pflicht gemacht, diese Schätzung mit der größten Gewissenhaftigkeit vorzunehmen.

Zur Ausführung der Ernteschätzung ist folgendes bestimmt:

1. die Ernteschätzung hat stattzufinden:
   a) während des Monats Juli 1920 für Winter- und Sommerweizen, Winter- und Sommerspelz, Dinkel-, Fesen, sowie Emer und Einkorn, Winter- und Sommerroggen, Winter- und Sommergerste, Gemenge aus vorstehenden Getreidearten, Hafer, sowie Gemenge aus Getreide aller Art mit Hafer,
   b) während der Monate September und Oktober 1920 für Spätkartoffeln (Ernte nach dem 15. September).

Die Schätzung ist möglichst unmittelbar vor dem Beginn der Ernte der einzelnen Früchte vorzunehmen, da alsdann die günstigsten Vorbedingungen für zuverlässige Schätzungsergebnisse bestehen.

2. für die Schätzung sind im Kreise Merseburg
   a) ein Schätzungsoberausschuß
   b) Schätzungsunterausschüsse gebildet.

Zu 2a) Der Schätzungsoberausschuß setzt sich wie folgt zusammen:

Vorsitzender: Landrat Dr. Mosle,
Stellv. Vors.: Inspektor Steckner, Halle a/Saale,
Beisitzer: Dr. Orphal, Merseburg, Direktor der Landwirtschaftlichen Winterschule,
„ Stegemann, Halle a/S., Vertreter der Reichsgetreidestelle,
„ Brünner, Merseburg, Direktor der Kreiskornstelle,
„ Kobbe, Merseburg, Gendarmerie-Oberwachtmeister.

Der Schätzungsoberausschuß hat sich von der Richtigkeit der Schätzungen der Schätzungsunterausschüsse durch Stichproben zu überzeugen und entscheidet über Streitigkeiten. Die Vorsitzenden der Schätzungsunterausschüsse haben dem Schätzungsoberausschuß nach Bedarf mit beratender Stimme hinzuzutreten.

Zu 2b) Für den Umfang der Amtsbezirke errichteten Schätzungsunterausschüsse führt der jeweilige Amtsvorsteher oder dessen Stellvertreter den Vorsitz. Die Mitglieder der Schätzungsunterausschüsse werden von den Amtsvorstehern ernannt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919200630-15/fragment/page=0009

Die Schätzungsausschüsse in den Städten bestehen aus folgenden Mitgliedern:

Merseburg: Inspektor Schnellhaas, Beguitz, Vorsitzender, Gutsbesitzer Krötsch, Wallendorf, Obmann, Gutsbesitz. Herm. Jebse, Frankleben, Obmann,

Schkeuditz: Inspektor Uhlig, Dölkau, Vorsitzender, Amtmann Schneider, Witzschersdorf, Obmann, Landwirt Rudolf Just, Papitz, Obmann,

Lützen: Gutsbesitzer Schumann, Eisdorf, Vorsitzender, Gutsbesitzer Kretzschmar, Kauern, Obmann, Gutsbesitzer Bartmuß, Bothfeld, Obmann,

Schafstädt: Rittergutsbesitzer Böhmer, Blößien, Vorsitz., Inspektor Reusche, Raschwitz, Obmann, Gutsbesitzer Richard Schlegel, Großgräfendorf, Obmann,

Lauchstedt: Inspektor Krüger, Passendorf, Vorsitzender, Gutsbes. Rudolf Biener, Schortereu, Obmann, Gutsbesitzer Theodor Friedrich, Delitz a/B., Obmann.

Grundsätzlich soll kein Schätzer in der Gemeinde tätig sein, in der er ansässig ist.

Die Gemeinde- und Gutsvorsteher sowie die von den Magistraten zu bestimmenden Auskunftspersonen sind gehalten, den Schätzungsausschußmitgliedern jede Auskunft in Angelegenheiten der Schätzung zu erteilen. Es bleibt den Gemeinden überlassen, ihre Bauern- und Landarbeiterräte oder einzelne Mitglieder den Ausschüssen mit beratender Stimme beizugeben.

Der Vertreter der Reichsgetreidestelle — Herr Stegemann, Halle a/S., La Fontainestraße 36 — ist berechtigt, den Schätzungen beizuwohnen. Die Herren Vorsitzenden der Schätzungsunterausschüsse haben Herrn Stegemann sowie den Gemeinde- und Gutsvorstehern die Schätzungstage, Ort und Stunde der Schätzungen mitzuteilen unter Namhaftmachung der Namen und Wohnorte der Schätzer.

Die Mitglieder der Ausschüsse sind beisgt, zur Feststellung der Erträge die landwirtschaftlichen Grundstücke zu betreten und von den Früchten Handproben zu entnehmen.

3. Art der Schätzung.

Für jede einzelne Gemeinde ist der Durchschnittsertrag auf 1 Hektar in Doppelzentner (100 kg) zu schätzen. Bei jeder Schätzung sind die Boden- und Besitzverhältnisse sorgfältig zu berücksichtigen. Es werden im allgemeinen die Erträge der letzten Jahre zum Vergleich heranzuziehen sein; gleichzeitig sind alle Umstände sorgfältig zu bewerten, die in diesem Jahre zu Abweichungen von den früheren Erträgen führen können. Besonderer Aufmerksamkeit bedarf es, wenn in derselben Gemeinde Boden sehr verschiedener Beschaffenheit mit derselben Frucht bestellt ist. Um in solchen Fällen eine richtige Durchschnittszahl zu gewinnen, empfiehlt es sich, für jede Bodenart zunächst den Hektarertrag besonders zu ermitteln, bei Errechnung des Durchschnittshektarertrages für die Gemeinde aber zugleich das Größenverhältnis, in dem beide Bodenarten vorkommen, zu berücksichtigen. Ich verweise hierzu auf die auf dem Formular zur Ernteschätzung aufgeführten Beispiele.

Schätzungen einzelner Ausschußmitglieder sind in gemeinsamen Sitzungen der Ausschüsse zu besprechen. Hierbei ist darauf zu achten, daß die Erträge im richtigen Verhältnis zu dem Boden und zu den Anbauflächen stehen. Alsdann sind die Ergebnisse der Beratungen in den Vordruck einzutragen.

Wenn der Vertreter der Reichsgetreidestelle die Schätzung eines Ausschußes beanstandet, und diese Beanstandung nicht durch anderweite Beschlußfassung des Ausschusses erledigt wird, so sind die beanstandeten Schätzungen in den Listen durch **rote Unterstreichung** hervorzuheben.

Die Formulare werden den Vorsitzenden des Schätzungsausschusses in den nächsten Tagen zugehen.

Die ausgefüllten Schätzungsbogen sind mir bis spätestens 15. Juli zurückzusenden.

Merseburg, den 28. Juni 1920.

Der kommissarische Landrat.
J. V.: Kürsten, Kreissekretär.

Die Sätze der Gebührenordnung für Hebammen vom 25. September 1908, § 4, in der Fassung, wie sie der Nachtrag vom 22. Oktober 1919 [Amtsblatt 1919 Seite 303] festgesetzt, werden mit Wirkung vom 1. Juni d. Js. ab um 50% erhöht.

Merseburg, den 7. Juni 1920.

Der Regierungs-Präsident.

Veröffentlicht:
Merseburg, den 21. Juni 1920.

Der kommissarische Landrat.
J. V.: Dr. v. Goßler.

Merseburger Druck- und Verlags-Anstalt L. Baltz.

Aufruf.

Am 27. Mai dieses Jahres in den Mittagsstunden ist das freundliche Gebirgsstädtchen Mansfeld von einem verheerenden Unwetter heimgesucht worden. Innerhalb 20 Minuten schwollen die beiden kleinen Bäche, welche die Stadt durchfließen, zu riesigen Strömen an, rissen Brücken und Schutzmauern ein und zerstörten mit furchtbarer Gewalt 25 Häuser im Innern vollständig, etwa 70 andere in geringerem Umfange; sie verwüsteten unzählige Gärten und große blühende Obstplantagen und vernichteten oder begruben unter ungeheuren Schlammassen das Hab und Gut bis zum letzten Hausrat von 400 Familien und kleinen Gewerbetreibenden. Ein großer Teil dieser Unglücklichen ist obdachlos, jeder Habe beraubt, ohne Wäsche, Kleidung, Nahrungsmittel.

Das Elend ist groß und Hilfe dringend geboten!

Wenn auch die Behörden alles aufbieten, Hilfsquellen von Seiten des Staates und öffentlicher Verbände zu erschließen, werden diese doch nicht im entferntesten ausreichen der furchtbaren Not zu steuern. Wir wenden uns daher vertrauensvoll an den bewährten Opfersinn aller Angehörigen unserer Provinz ohne Unterschied der Partei um Gaben aller Art besonders Wäsche, Kleidung, Schuhwerk, Hausrat und Küchengerät jedweder Art, Nahrungsmittel und Seife, vor allem aber auch mit der Bitte um Geld.

Jede, auch die kleinste Gabe findet dankbare Herzen.

Wir bitten, Geldspenden an die Regierungshauptkassen, die Kreiskassen oder die Kommunalkassen, deren freundliche Vermittelung wir nachgesucht haben, gelangen zu lassen. Spenden von Gegenständen, Nahrungsmitteln usw. bitten wir unmittelbar an den Kreis-Ausschuß des Mansfelder Gebirgskreises zu richten.

Der Hilfsausschuß.
Hörsing, Ober-Präsident, Vorsitzender.

Beims, Oberbürgermeister, Vorsitzender des Provinzialausschusses. **Dr. Bormann**, Landrat des Mansfelder Gebirgskreises. **Cludius**, Oberlandesgerichtsrat, Präsident des Provinziallandtages. **Delius**, M. d. R., Bezirksvorsitzender der demokratischen Partei. Geheimrat Prof. **Dr. Denker**, Rektor der Universität Halle-Wittenberg. **Drescher**, Bezirksleiter der sozialdemokr. Partei. **Dr. v. Gersdorff**, Regierungspräsident. **Heddergott**, Dechant, Päpstl. Geheimkämmerer. Prof. Dr. **Hein**, Bezirksvorsitzend. der Deutschen Volkspartei. **Dr. v. Kendell**, Oberregierungsrat. **Klein**, Generalstaatsanwalt **Dr. Meyer**, Geh. Oberregierungsrat. **Pohlmann**, Regierungspräsident. **Reuter**, Präsident des Oberlandesgerichts, Wirkl. Geh. Oberjustizrat. **Schede**, Geh. Regierungsrat, Generaldirektor der Städte-Feuer-Sozietät. **Schlimbach**, Bürgermstr. zu Mansfeld. D. **Dr. Schöttler**, Generalsuperintendent. **Dr. Steckner**, Geh. Kommerzienrat, Präsident der Handelskammer Halle. **v. Trotha**, Generallandschaftsdirektor, Bezirksvorsitzender der Deutschnationalen Volkspartei. **Wesche**, Oekonomierat, Präsident der Landwirtschaftskammer. **Freiherr v. Wilmowski**, Wirkl. Geh. Rat, Landeshauptmann. **Winckler**, Generaldirektor der Land-Feuer-Sozietät.

Durch die Wiederherstellung der

Fasanerie-brücke

soll ein allbeliebter Spazierweg dem Merseburger Publikum wieder erschlossen werden; doch reichen die zur Verfügung stehenden Mittel nicht aus.

Spenden

nimmt u. a. die Geschäftsstelle dieses Blattes entgegen.

D. R. P. „Securio" D. R. P.

bester und billigster **Schutz gegen Einbruch.**

Vom Sachverständigen des Berliner Polizeipräsidiums für gut anerkannt und empfohlen. Tausende verkauft! Stromverbrauch nur bei Alarm. Automatische Einschaltung. General-Vertretung der

Deutschen Stahl-Gesellschaft m. b. H.,
Hans Höber, Halle a/Sa., Begrüngstraße 17.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919200630-15/fragment/page=0010